www.cduinform.de

ISSN: 2193-3960
Juli 2016
Ausgabe 35

CDU inform

Magazin der CDU im Rheinisch-Bergischen Kreis

Nach dem Brexit: „Aus der Krise lernen“

Herbert Reul im Interview

Es geht um unsere Demokratie

Holger Müller zum Verfassungsschutzbericht

Ausreisepflicht

Wolfgang Bosbach zum Thema Flüchtlinge

Kampfansage an Einbrecher

Rainer Deppe zu Wohnungseinbrüchen

Kreuzfahrten

Flugreisen

Mehrtagesreisen

Tagesfahrten

Reisehoteline: ☎ (0 22 02) 9 36 95 20

Aktuelle Reiseangebote anfordern!

25 JAHRE

CDU STUDIEN- UND BEGEGNUNGS-REISEN

www.cdureisen.de

Am Stadion 18-24
51465 Bergisch Gladbach

Telefon: **(0 22 02) 9 36 95 20**
Telefax: **(0 22 02) 9 36 95 21**
E-Mail: **info@cdureisen.de**

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

um eines kurzfristigen Vorteils willen hatte David Cameron vorgegeben, er sei auf die Seite der britischen EU-Gegner gewechselt und hatte diesen das Referendum zum EU-Austritt versprochen. Dass er nach erfolgter Wiederwahl erneut die Seiten wechselte und den prominentesten Gegner des von ihm erst ermöglichten EU-Austritts gab, hat weder der Kampagne ‚Remain' noch ihm selbst einen Vorteil verschafft. Um einen Zocker weniger auf dem politischen Parkett muss niemand trauern.

Aber was ist mit den Betroffenen, den Menschen in Großbritannien? Vor lauter Jubeln nehmen einige noch nicht wahr, wie sehr sie den Niedergang ihres Landes beschleunigt haben. Die einstige Weltmacht, die auf allen Kontinenten nicht eine verachtete sondern eine geachtete Größe war, droht sogar auf der Britischen Insel auseinanderzubrechen. Schon heute geht eine tiefe Kluft durch das Land, vor allem wegen der ungesunden Konzentration auf den wirtschaftlich und geographisch günstig gelegenen Süden Großbritanniens.

Die anderen erkennen jetzt viel zu spät, dass Nicht-Abstimmen und Nicht-Wählen genau diejenigen gestärkt hat, die sie auf keinen Fall gewollt haben. Demokratie bedeutet für den Einzelnen keineswegs, von der Schicksalsgemeinschaft seines Landes losgelöst zu sein, auch dann nicht, wenn man glaubt, sich am demokratischen Prozess nicht beteiligen zu müssen.

Dass nach dem Ausgang des Referendums ausgerechnet die vermeintlichen Sieger ihren Rückzug bekannt geben, ist der späte Beweis, dass es diesem Typus von Politiker, den es nicht nur in Großbritannien gibt, in den seltensten Fällen um das Land und die Menschen, sondern ausschließlich um sich selbst geht. Welcher gnadenlose Populist hat in der Geschichte sein Land vorangebracht? In ihrer Verantwortungslosigkeit erinnern sie mich an die Zocker, die sich mit ihren sog. systemrelevanten Banken weder um Gesetze noch um Moral scherten. Ausgestattet mit hohen Abfindungen sehen diese Leute von der Tribüne aus zu, wie Steuerzahler, Sparer und ganze Staaten die von ihnen aufgetürmten riesigen Scherbenberge über Jahrzehnte abtragen.

Jenseits aller Tagespolitik und der notwendigen Bewältigung von Krisen, wie sie der Brexit ohne Zweifel ist, plädiere ich dafür, dass sich unsere europäische Gesellschaft einige langfristig gültige Gewissheiten wieder ins Bewusstsein holt.

- Wer glaubt, in der Politik mit kurzfristigen Winkelzügen zum Erfolg zu kommen, wird schneller als gedacht vom Wähler nicht mehr ernst genommen und vollkommen zu Recht abgestraft.
- Wer Populisten gewähren lässt oder ihnen sogar nachläuft, darf sich nicht wundern, wenn deren Zulauf größer wird.
- Populisten leben davon, dass die Probleme, die sie sich zu Nutze machen, größer werden. An einer Lösung haben sie nicht das geringste Interesse, würden sie dadurch doch überflüssig werden.
- Politik ist kein Casino, das man eitlen und selbstverliebten Zockern überlassen darf.
- Von politischen Richtungsentscheidungen ist jeder betroffen. Wer glaubt, er brauche sich nicht zu beteiligen oder den Stimmzettel für einen Denkzettel hält, weiß spätestens seit England, dass Denkzettel immer von allen bezahlt werden.
- Lassen wir als echte Konservative dafür kämpfen, dass Verlässlichkeit, Langfristigkeit und Verantwortungsbereitschaft die wichtigsten Auswahlkriterien für Politik und Politiker bleiben.

Eine erholsame Sommerpause
wünscht Ihnen Ihr

Rainer Deppe

Rainer Deppe
ist Kreisvorsitzender der CDU und Landtagsabgeordneter im Rheinisch-Bergischen Kreis

IMRESSUM

Herausgeber:
Christlich Demokratische Union
(CDU) Rheinisch-Bergischer Kreis
Am Stadion 18-24
51465 Bergisch Gladbach

Telefon: (0 22 02) 9 36 95-0
Telefax: (0 22 02) 9 36 95-22
E-Mail: redaktion@cduinform.de
Web: www.cduinform.de und www.cdurbk.de

Redaktion: Thomas Frank (tf/V.i.S.d.P.)
Lennart Höring (lh/Layout)
Uwe Pakendorf (up/Redaktionsleitung)

Weitere Autoren: Wolfgang Bosbach, Rainer Deppe, Doro Dietsch (dd), Hans-Reinhold Drümmen (hrd), Diego Faßnacht (df), Birgit Fort (bf), Marco Gaj (mg), Hendrik Hamm (hh), Christian Klicki (ck), Wilhelm Laufenberg (wl), Stefan Leßenich (sl), Torben Lieth (tl), Armin Laschet, Holger Müller (hm), Herbert Reul, Maurice Winter (mw), Hans-Gerd Wunderlich (hgw), Sebastian Wurth (sw)

Satz/Layout: Lennart Höring

Titelbild: Shutterstock

Druck/Versand: Heider Druck GmbH, Paffrather Straße 102-116, 51465 Bergisch Gladbach

Anzeigen: Thomas Frank (Ltg.)

Auflage: 5.000 Exemplare

Nächster Redaktions- und Anzeigenschluss:
5. September 2016

Bezugspreis: ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Einzelpreis 0,80 € inkl. MwSt

ISSN: 2193-3960 (Print)

PEFC zertifiziert
Das verwendete Papier stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen.
www.pefc.de

Die CDU in sozialen Netzwerken:
/cdurbk @cdurbk /cdurbk

Anzeige

Treffpunkt im Herzen der Stadt

Bürgerhaus Bergischer Löwe

* Schauspiel & Komödie
* Operette & Konzert
* Kindertheater & Musicals
* Märkte & Messen
* Seminare & Tagungen

Vorverkaufsstelle für KölnTicket
Theaterkasse Bergischer Löwe
Öffnungszeiten: Di – Fr 10 – 18 Uhr / Sa 10 – 13 Uhr
Tel: 02202 / 38 999 Fax: 02202 / 294655
theaterkasse@bergischerloewe.de
www.bergischerloewe.de

Fotos: Thomas Frank , Ralph Sondermann (rechte Seite)

08 | BREXIT-Interview
Herbert Reul im Gespräch mit Uwe Pakendorf

11 | Referendums-Erfahrungen im UK
Ein Bericht von Dr. Host Tippkötter

Kolumne
03 | Verlässlichkeit und Verantwortung
Rainer Deppe

Aktuelles
04 | Christliche Soziallehre
Gastbeitrag von Armin Laschet

News und Namen
06 | Herzlichen Glückwunsch
Gerhard Scholz zum 100.

06 | Islamistischer Terrorismus
Paul Lücke-Gespräch mit Tophoven

07 | Deppe und Müller kandidieren
Kandidatenaufstellung Landtagswahl

07 | Landesparteitag in Aachen
Rhein-Berger Delegierte und Gäste

07 | Praktikum absolviert
Torben Lieth im CDU-Center

Parlamente
14 | Ausreisepflicht
Wolfgang Bosbach

14 | Verfassungsschutzbericht
Holger Müller

15 | Wecheljahr 2017
Herbert Reul

15 | Kampfansage
Rainer Deppe

Kreistag
16 | Förderprojekt beschlossen
Uwe Pakendorf

16 | Warn-App NINA
Ulrich Heutz

Union News
17 | Zukunft im digitalen Wandel
MIT Rhein-Berg

17 | 60 Jahre MIT
MIT Rhein-Berg

18 | Faßnacht beim Deutschlandrat
JU Rhein-Berg

18 | Bundesvorsitzender zu Gast
JU Rhein-Berg

18 | Diskussion über Landespolitik
JU Rhein-Berg

19 | Neuer Vorstand nach 2.402 Tagen
JU Kürten

19 | Optimistischer Rückblick
JU Odenthal

19 | Tierschutz
EAK Rhein-Berg

20 | Museumsbesuch
FU Rhein-Berg

20 | „Kalter Krieg“ im CDU-Center
CDU Rhein-Berg

20 | Regierungsbunker besucht
CDU Kürten

20 | Riegel vor - sicher ist sicherer!
CDU Leichlingen

21 | 70 Jahre
CDU Wermelskirchen

22 | Besuch in Bonn
CDA Wermelskirchen

22 | Kreisvorstand neu gewählt
Senioren-Union Rhein-Berg

23 | 25 Jahre
Senioren-Union Overath

23 | Knollendorf
Senioren-Union Rösrath

23 | Bergischer Jung zu Gast
Senioren-Union Bergisch Gladbach

Rubriken
02 | Inhalt / Impressum
12 | Termine

Christliche Soziallehre weist der Union bis heute den Weg

Armin Laschet zu 125 Jahre Sozialenzyklika „Rerum Novarum“

Gastbeitrag von **Armin Laschet**

Vor 125 Jahren, am 15. Mai 1891, nahm Papst Leo XIII mit seiner Sozialenzyklika „Rerum Novarum“ umfassend Stellung zur sozialen Frage und legte damit den Grundstein für die Entwicklung der katholischen Soziallehre, die zusammen mit der evangelischen Sozialethik programmatische Quelle der CDU ist.

Ein festes programmatisches Fundament gibt Halt und Richtung auch in schwierigen Zeiten und angesichts großer Herausforderung. Die katholische Soziallehre, deren Grundstein Papst Leo XIII heute vor 125 Jahren in seiner Sozialenzyklika „Rerum Novarum“ gelegt hat, war und ist zusammen mit der evangelischen Soziallehre die unerschütterliche Basis, auf der Christdemokraten seit über 70 Jahren erfolgreich Politik gestalten und die wesentlichen Weichen in der Geschichte der Bundesrepublik stellten.

Die Gründerväter der CDU griffen diese Grundsätze auf. Sie strebten in der unmittelbaren Nachkriegszeit den Wiederaufbau Deutschlands auf einem neuen geistigen und moralischen Fundament an. Das christliche Menschenbild, das die Universalität, die Unantastbarkeit und die Unveräußerlichkeit der Würde eines jeden Menschen betont, wurde zum Dreh- und Angelpunkt der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung unseres Landes. Gegensätze zwischen Katholiken und Protestanten, Arbeitern, Angestellten, Beamten und Selbständigen, städtischer und ländlicher Bevölkerung – die das politische Geschehen in der Weimarer Republik prägten und lähmten – sollten überwunden werden.

Die zentralen Forderungen der Enzyklika „Rerum Novarum“ wurden von Christdemokraten in die Idee der Sozialen Marktwirtschaft aufgenommen. Papst Leo XIII hatte aufgezeigt, dass weder der liberalistische Manchester-Kapitalismus noch der kollektivistische Sozialismus den Menschen gerecht werden. Vielmehr müsse der Mensch als Person gesehen und in den Mittelpunkt genommen werden. Es bedürfe des Eigentums und der Freiheit, gleichzeitig aber auch des sozialen Ausgleichs und fairer Löhne.

In der Sozialen Marktwirtschaft sind diese Grundsätze verwirklicht, sie verbindet Freiheit mit Solidarität und sozialem Ausgleich. Damit ist die Soziale Marktwirtschaft zugleich Wirtschafts- und Werteordnung und beschert und sichert uns bis heute allgemeinen Wohlstand und sozialen Frieden.

Auch heute müssen wir uns von den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft leiten lassen. Das heißt, dass der Staat einen Ordnungsrahmen schaffen muss, ohne die Freiheit zu marktwirtschaftlichem Handeln zu stark einzuschränken. In Nordrhein-Westfalen haben wir in den zurückliegenden Jahren eine Politik erlebt, die wirtschaftlichen Handlungs- und Gestaltungsraum immer weiter eingeschränkt hat. Dadurch sind Dynamik und Innovationskraft verloren gegangen. Es gibt kein Wachstum mehr in unserem Land. Nordrhein-Westfalen fällt immer weiter hinter andere Länder zurück. Die Folgen spüren die Menschen jeden Tag. Jugendliche finden keine Ausbildungsplätze, Arbeitslosen wird die Perspektive auf eine neue Stelle genommen, das Armutsrisiko wächst und der öffentlichen Hand fehlen Steuereinnahmen für Investitionen in Bildung und Infrastruktur.

Es ist dringend Zeit umzusteuern. Nordrhein-Westfalen braucht eine neue Wirtschaftspolitik. Eine Politik, die sich auf die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft besinnt.“ ■

Armin Laschet MdL
ist Vorsitzender des Landesverbandes und der Landtagsfraktion der CDU in Nordrhein-Westfalen

Alles Gute zum 100. Geburtstag!

Das Overather Mitglied der CDU, Gerhard Scholz, hat am 10. Mai seinen 100. Geburtstag gefeiert. Neben Bundeskanzlerin Angela Merkel, die per Post gratulierte, schauten der Kreisvorsitzende Rainer Deppe sowie der Overather Parteivorsitzende Hardy Kohkemper persönlich vorbei, um die Glückwünsche der CDU zu überbringen. Scholz ist seit 1947 Mitglied unserer Partei. Auch CDUinform gratuliert sehr herzlich und wünscht alles erdenklich Gute. (tf)

v.l.n.r.: Rainer Deppe, Gerhard Scholz nebst Gattin, Hardy Kohkemper

Terminankündigung

Die **Mitgliederversammlung** zur Aufstellung der Kandidatin oder des Kandidaten für die Bundestagswahl 2017 im Wahlkreis 100 „Rheinisch-Bergischer Kreis“ findet am **Freitag, 4. November 2016, 18 Uhr** (voraussichtlich) im Schulzentrum Odenthal statt.

Kreis-CDU debattierte über islamistischen Terrorismus

Experte Rolf Tophoven beim Paul Lücke-Gespräch

Das diesjährige Paul Lücke-Gespräch der Kreis-CDU im voll besetzten Bensberger Ratssaal stand ganz im Zeichen der weltweiten Bedrohung durch den militant-islamistischen Terrorismus. Ehrengast des Abends war der renommierte Terrorismusexperte und Leiter des IFTUS-Instituts für Krisenprävention in Essen, Rolf Tophoven, der sich seit über 40 Jahren mit den Phänomenen der Guerilla und des Terrorismus beschäftigt und im In- und Ausland gefragter Analyst politisch motivierter Gewalt ist.

(v.l.n.r.) Uwe Pakendorf, Rolf Tophoven, Ruth Lücke, Dr. Hermann-Josef Tebroke, Maria Theresia Opladen, Holger Müller, Wilmund Opladen

Rolf Tophoven bei seinem Vortrag.

In seinem packenden Vortrag gab Tophoven Einblicke in die Organisations- und Kommandostrukturen des sog. „Islamischen Staats“ und stellte heraus, dass dieser seine Anschläge sehr langfristig und professionell planen und mit militärisch geschulten Kämpfer-Teams durchführe. Geheimdienstliche Vorgehensweisen in der Vorbereitung von Terroranschlägen, professioneller Medieneinsatz bei der Rekrutierung von Kämpfern für den sog. „Heiligen Krieg“, aber auch eine unfassbar barbarische Gewalt hätten dafür gesorgt, dass der IS andere Terrororganisationen wie zum Beispiel al-Qaida sowohl territorial als auch bei der Zahl von Kämpfern und Unterstützern in ihrer Gefährlichkeit um ein Vielfaches übertroffen habe. In der anschließend von Uwe Pakendorf moderierten Diskussion konnten die Teilnehmer Fragen und Sorgen äußern, auf die Tophoven ausführlich einging. Auch nach der Veranstaltung nutzten Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke, MdB Wolfgang Bosbach sowie die Landtagsabgeordneten Rainer Deppe und Holger Müller die Gelegenheit zum fachlichen Austausch mit dem Terrorexperten. (tf)

(v.l.n.r.) Dr. Hermann-Josef Tebroke, Rainer Deppe, Rolf Tophoven, Wolfgang Bosbach, Holger Müller

Das Paul Lücke-Gespräch war auch in diesem Jahr gut besucht.

Rolf Tophoven (li.) diskutierte im Anschluss mit dem stellvertretenden Kreisvorsitzenden Uwe Pakendorf.

Auch Ehrenvorsitzender Franz-Heinrich Krey (1. Reihe, 5.v.r.) gehörte zu den Zuhörern.

Deppe und Müller kandidieren erneut für den Landtag

66. Kreisparteitag in Refrath

Am 2. Juli wurden im Rahmen des 66. Kreisparteitags im Bürgerzentrum Steinbreche in Refrath die Kandidaten zur Landtagswahl am 14. Mai 2017 gewählt. Im Wahlkreis 21 (Bergisch Gladbach und Rösrath) konnte sich Holger Müller mit 105 Stimmen gegen seinen Herausforderer Dr. Oliver Schillings mit 86 Stimmen durchsetzen. Im Wahlkreis 22 (Burscheid, Kürten, Leichlingen, Odenthal, Overath, Wermelskirchen) erzielte Rainer Deppe ohne einen Gegenkandidaten ein hervorragendes Ergebnis von 79 Ja- bei nur 3 Nein-Stimmen.

Des Weiteren wurden die Delegierten für die Bundes- und Landesparteitage gewählt. Zu Bundesdelegierten wurden Wolfgang Bosbach (Bergisch Gladbach), Vera Müller (Kürten), Uwe Pakendorf (Rösrath) und Christian Buchen gewählt.

Zu ordentlichen Landesdelegierten für die kommenden zwei Jahre wurden Rainer Deppe (Overath), Holger Müller (Rösrath), Uwe Pakendorf (Rösrath), Herbert Reul (Leichlingen), Claudia Casper (Bergisch Gladbach), Linda Stillger (Wermelskirchen), Uwe Bruchhausen (Odenthal), Christian Buchen (Bergisch Gladbach) und Vera Rilke-Haerst gewählt.

In einem weiteren Wahlgang wurden außerdem Vertreter des Kreisverbandes für die Landesvertreterversammlung zur Listenaufstellung der CDU NRW zur Landtagswahl gewählt. Hier wird der Kreisverband am 26. November Rainer Deppe, Holger Müller, Dr. Katharina Bischof und Herbert Reul entsenden. (tf)

Mit einem Top-Ergebnis in die Landtagskandidatur 2017: Rainer Deppe

Klar gegen den Herausforderer gesiegt: Holger Müller

Rhein-Berger beim CDU-Landesparteitag

Am 11. Juni nahmen unsere neun Delegierten am 38. Landesparteitag in Aachen teil. Armin Laschet wurde dort mit 93,4 Prozent zum alten und neuen Landesvorsitzenden gewählt. Mit einer kämpferischen Rede stimmte Laschet die 635 Delegierten auf die nächsten Wochen und Monate bis zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen ein: „Wir wollen weg von den letzten Plätzen. Wir wollen Spitzenreiter und nicht immer Schlusslicht sein. Wir wollen Potenziale nutzen und Chancen ergreifen, um Nordrhein-Westfalen wieder stark zu machen und nach vorne zu bringen." Passend dazu stand der Landesparteitag unter dem Motto „NRW geht vor". Insbesondere mit den Themen Wirtschaft, Bildung und Innere Sicherheit beschäftigt sich der verabschiedete Leitantrag „Vorwärtsgang für Nordrhein-Westfalen – Unser Land hat Zukunft!" (tf)

Torben Lieth absolvierte Schülerpraktikum in der Kreisgeschäftsstelle

17-jähriger Kürtener tritt der CDU bei

In der Zeit vom 20. Juni bis zum 8. Juli absolvierte der 17-jährige Schüler Torben Lieth aus Kürten von der Höheren Handelsschule Wipperfürth in der CDU-Kreisgeschäftsstelle in Bergisch Gladbach sein Schülerpraktikum, um

einen Einblick in das Büro- sowie in das politische Arbeitsleben zu bekommen. In der zweiten Woche des Praktikums entschied er sich, der CDU sowie der JU beizutreten. Dies begründete er damit, dass er nun, nach einem Blick hinter die Kulissen sowie Gesprächen mit den Kolleginnen und Kollegen, seine eigenen Interessen in der CDU vertreten sieht.
Am 6. Juli fuhren Kreisgeschäftsführer Thomas Frank und Torben Lieth in den Landtag nach Düsseldorf, um sich mit dem Kreisvorsitzenden Rainer Deppe zu treffen. Vor Ort bekam das frischgebackene CDU-Mitglied die Möglichkeit, bei einer Landtagssitzung im Plenarsaal zu lauschen. Lieth beschreibt sein Praktikum im Rückblick als „beeindruckend" und gar „prägend." Weiter: „Die Arbeit, die im Hintergrund geleistet wird, ist von außen kaum zu erkennen, doch ist sie das Fundament moderner Parteiarbeit.", so Lieth. Er könne jedem Politikinteressierten ein derartiges Praktikum empfehlen. Ihm hätten die drei Wochen sehr viel Spaß bereitet und er freue sich, sich zukünftig in der CDU politisch zu engagieren. (tl)

Praktikumsplatz?

Die CDU bietet auch künftig jungen Menschen die Gelgenheit, im Rahmen eines (Schüler-)Praktikums hinter die Kuliseen zu blicken. Bei Interesse reicht eine kurze Bewerbung an unseren Kreisgeschäftsführer Thomas Frank (t.frank@cdurbk.de).

Nach dem Brexit: „Europa muss aus der Krise lernen!“

Der Brexit hat Europa in einen Schock versetzt. Nach den ersten Tagen des medialen Entsetzens setzt inzwischen ein Gewöhnungsprozess ein. Dennoch sind die ersten absehbaren und auch noch nicht sichtbaren Folgen der Mehrheitsentscheidung der Briten für das Vereinigte Königreich wie auch für Europa und Deutschland tiefgreifend und verunsichernd. Welchen Weg geht nun Europa? Wie sieht die wirtschaftliche Perspektive aus? Droht die Spaltung der Insel? Bekommen Separationsbestrebungen in anderen Ländern nun Aufwind? Diese und weitere Fragen hat die CDUinform unserem Europaabgeordneten und Vorsitzenden der Deutschen Gruppe innerhalb der EVP-Fraktion, Herbert Reul gestellt.

Die Fragen stellte **Uwe Pakendorf**.

Mehrere Mio. Briten haben sich in einer Online-Petition für ein neues Referendum ausgesprochen. War das Wahlergebnis zu eng?

Erstens war das Ergebnis knapp aber deutlich. Ich glaube jedoch, dass es wichtiger ist, dass selbst viele Briten vom Ergebnis überrascht waren und die Folgen überhaupt nicht richtig eingeschätzt haben. Sowohl die Online-Petition, als auch die Demonstrationen sowie die Reaktionen britischer Politiker zeigen, wie unklar die Lage im Vereinigten Königreich ist. Beide großen Parteien verlieren ihre Vorsitzenden und die Anführer des Brexit-Lagers schlagen sich in die Büsche. Kurz und bündig: politisches Chaos! Doch langsam gewinnen zumindest einzelne Parteien Handlungsfähigkeit.

Wären die Zahl der Reformbekundungen innerhalb Europas eine Währung, wären wir ein reicher Kontinent. Braucht Europa nun Reformen?

Natürlich können wir jetzt nicht einfach so tun, als wäre nichts passiert. Aber die hektischen Reformvorschläge von Teilen der Politik, die jetzt Europa vertiefen wollen, einen Konvent fordern oder andere Zukunftspläne schmieden, werden den Unmut über Europa weiter fördern. Die Menschen wollen Taten, keine neuen Träumereien. Die anstehenden Probleme wie die Flüchtlingskrise, fehlendes Wirtschaftswachstum und Gefahren durch internationalen Terrorismus müssen zügig gelöst werden. Nichts ist so erfolgreich wie präsentierbare Resultate. Die Menschen wollen gute Perspektiven für ihre Zukunft und wählen Politiker, damit sie handeln.

Zeigt das Ergebnis des Referendums nicht auch, dass die Einsichten renommierter Ökonomen die Schwarm-Intelligenz der Gesellschaft nicht ausreichend beeinflussen können und populistische Argumente einen wesentlich höheren Wert haben?

Die Populisten erwecken den Eindruck die Welt sei unkompliziert, einfach und die Probleme seien leicht lösbar. Im Fall des Brexit haben Politiker wie Farage und Johnson zum Beispiel suggeriert, das Vereinigte Königreich könnte durch das Referendum endlich unabhängig und frei entscheiden. Dass das genaue Gegenteil passieren könnte, wenn das Vereinigte Königreich nun ein Modell wie Norwegen verfolgen würde, ist aber die eigentliche Wahrheit. Und zu dieser Wahrheit gehört dann, dass Staaten in einer globalisierten Welt nicht mehr völlig unabhängig agieren können - alles hängt mit allem zusammen. Die komplizierte

Fotos: Thomas Frank, Pixabay

Welt verleitet zu einfachen Antworten. Aber wir brauchen wirkungsvolle Lösungen und die sind komplex.

Außerdem sind nationale Referenden über EU-Themen immer auch Abstimmungen über die nationale Politik - sind Bürger unzufrieden, stimmen sie auch aus Protest dagegen.

Umfragen haben ergeben, dass Jung und Alt sehr unterschiedlich votiert haben. Wie kommt es, dass ausgerechnet die alten Wähler so sehr auf die nationalistische Fahne gesetzt haben und welche Antworten muss die Politik auf dieses Phänomen entwickeln?

Ich glaube es liegt daran, dass die jungen Menschen mit den Vorzügen der EU aufwachsen, schon zur Schulzeit andere Länder bereisen oder im Rahmen von Austauschprogrammen Europa bereisen. Später studieren dann viele im Ausland oder sind ein paar Jahre in einem anderen EU-Land berufstätig. Für junge Menschen ist diese Freiheit so selbstverständlich geworden, dass sie sie nicht mehr missen möchten. Außerdem haben die Jungen das Gefühl, dass sie um Ihre Zukunft betrogen werden.

Viele ältere Briten leben offensichtlich noch im Bewusstsein des alten Commonwealth und sind fest davon überzeugt, dass ihr Land so stark ist, dass sie nicht auf eine Zusammenarbeit mit anderen Staaten angewiesen sind. Sie nehmen die Freizügigkeit nur als Einbahnstraße in das Vereinigte Königreich wahr und fühlten ihre Arbeitsplätze und die Sozialsysteme bedroht. Hier hat aber nicht die EU, sondern die nationale Politik versagt.

Verleiht der britische EU-Ausstieg nationalistischen Bewegungen andernorts in Europa Flügel? Ist mit weiteren Referenden in der EU und EURO-Zone zu rechnen?

In vielen Mitgliedsstaaten gibt es europaskeptische und nationalistische Strömungen. Es gibt rechte aber auch linke Extremisten, die das europäische Projekt gefährden. Auf den ersten Blick nutzt diesen Parteien die britische Entscheidung. Je klarer die dramatischen Folgen dieser Entscheidung jedoch für die britischen Bürger, die britische Politik und die britische Wirtschaft werden, desto mehr werden Stimmungen mit den Fakten konfrontiert und das wird zu Ernüchterung führen. Ich vermute, es gibt weniger eine Ansteckungsgefahr, als vielmehr eine abschreckende Wirkung. Natürlich wird Frau Le Pen in Frankreich die Präsidentschaftswahlen mit einem Versprechen eines Referendums verbinden. Ob das erfolgreich sein wird, hängt sehr vom bürgerlichen Präsidentschaftskandidaten ab.

Apropos Referendum: Was passiert, wenn sich Schottland und Irland entscheiden, aus dem Vereinigten Königreich auszuscheiden, um Mitglied in der EU zu bleiben?

Das bleibt abzuwarten. In Schottland kann das passieren, in Nordirland ist die Lage anders. Aber ob Belgien oder Spanien im Hinblick auf separatistische Bestrebungen jemals einem Teil eines Landes den Zutritt zur EU erlauben werden, bezweifle ich. Ich empfehle abzuwarten und dann in Ruhe zu entscheiden.

Trägt Deutschland mit einsamen Entscheidungen wie der Aufhebung der Dublin-Kriterien während der Asyl-Krise nicht eine Mitschuld an den Entwicklungen, dass nationalistische Bewegungen Zulauf erhalten?

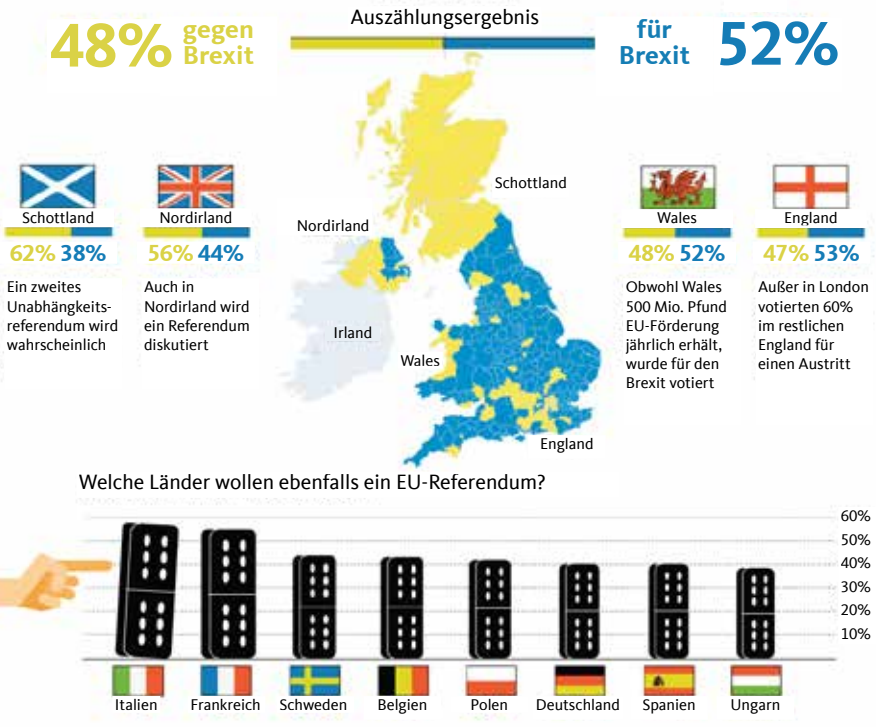
Für solche Spekulationen habe ich kein Verständnis. Angela Merkel hat in der Situation im September vergangenen Jahres die richtige Entscheidung getroffen. Alles andere wäre Realitätsverweigerung und unmenschlich gewesen. Es ist ja nicht so, als hätten sich die Menschen erst nach der Entscheidung der Kanzlerin auf den Weg gemacht. Sie waren doch schon längst unterwegs. Es gibt 60 Millionen Flüchtlinge auf der Welt und das hat nichts mit der deutschen Kanzlerin zu tun. Echte Hilfe für Menschen in Not darf nicht in Frage gestellt, sondern muss selbstverständlich sein. Und die Entwicklung hat gezeigt, dass die EU mit der Türkei eine gute Lösung gefunden hat. Nun müssen diese Gespräche auch mit den Staaten in Nordafrika geführt werden, damit nicht noch mehr Flüchtlinge in Schlauchboten das Mittelmeer zu überqueren versuchen.

Ist Brüssel für die Menschen in Europa in seinen Entscheidungen nicht zu undurchschaubar geworden?

Natürlich sind den meisten Menschen die genauen Entscheidungsfindungsverfahren auf europäischer Ebene nicht geläufig. Aber das gilt doch auch für die Bundes- und Landespolitik. Ich glaube eher, dass es ein Problem ist, dass die Entscheidungen nicht klar genug kommuniziert werden. Wenn ein Ergebnis erzielt wurde, heißt es immer nur „Brüssel hat entschieden“. Aber die politische Auseinandersetzung, die sich zwischen Parteien und Institutionen abgespielt hat, wird fast nie wiedergegeben. So denken viele Menschen irgendwelche Brüsseler Bürokraten würden hier die Entscheidungen treffen - dabei sind es von ihnen gewählte Parlamentarier im EU-Parlament und ihre eigenen nationalen Regierungen im Europäischen Rat. Und dann verkaufen nationale Regierungen europäische Erfolge als die eigenen und für Probleme ist die EU verantwortlich.

Vielleicht schaffen wir es auch zu wenig, die unterschiedlichen Meinungen öffentlich zu machen.

Ist der Brexit einer von vielen Dominosteinen?



In welche Richtung wird sich die EU in den nächsten Jahren entwickeln? Hin zu einer Vertiefung der europäischen Integration oder wieder zu einer stärkeren Betonung nationaler Kompetenzen?

Europa sollte sich auf die Fragen konzentrieren, die einen einzelnen Mitgliedsstaat überfordern, wo also gemeinsames Handeln notwendig ist, wie z.B. bei der Bekämpfung des Terrorismus und der Flüchtlingskrise. Auf der anderen Seite sollten wir auf den Wunsch der Menschen, nach weniger Klein-Klein-Regulierung für ganz Europa, reagieren. Wir brauchen mehr Europa bei den wichtigen Dingen und weniger Europa im Kleinen. Wir als CDU haben immer Wert auf Subsidiarität gelegt. Das bedeutet für die europäische Politik, dass das in Brüssel geregelt werden sollte, was den einzelnen Mitgliedsstaat in einer globalisierten Welt überfordert.

Ist die Strategie, einerseits die Vergemeinschaftung von Aufgaben aber auch Schulden voranzutreiben und anderseits immer noch an nationalen Entscheidungskompetenzen in fast allen Politikbereichen festzuhalten, nicht gescheitert? Brauchen wir nicht eine mutige Entscheidung entweder hin zu der einen Seite oder der anderen?

Nein, wir brauchen nur eine präzise Festlegung was national und was europäisch geregelt werden soll. Im Bereich der Gesundheitspolitik brauchen wir zum Beispiel keine Verlagerung von Kompetenzen nach Brüssel. Aber in anderen Bereichen, wie zum Beispiel in der Rüstungs- und Verteidigungspolitik, kann ich mir auch mehr Europa vorstellen.

Bekommt die Idee eines Europas mit zwei Geschwindigkeiten jetzt nicht neuen Aufwind? Braucht es eine Koalition der Willigen für eine verstärkte Integration?

Ich halte nichts von Entweder- oder. Die Menschen erwarten zu Recht, dass die Probleme gelöst werden. Ich finde das sollte idealerweise für europaweite Fragestellungen gemeinschaftlich geregelt werden und zwar für alle Mitgliedsstaaten. Wenn das nicht klappt, müssen die anstehenden Probleme trotzdem gelöst werden. Dann müssen eben einige Staaten vorangehen. Das machen wir übrigens bereits beim Euro und bei der Schengen - Politik. Mich interessieren Lösungen und nicht Streitereien über Zuständigkeiten.

In der letzten Ausgabe der CDUinform haben wir über die Wichtigkeit der EU als ein Hort des Friedens geschrieben. Trägt heute das Argument, dass die Existenz der EU eine Frage von Krieg oder Frieden ist überhaupt noch?

Absolut! Heute wieder mehr als in vergangenen Jahren. Die Krisenherde in unserer unmittelbaren Nachbarschaft, zum Beispiel in der Ukraine, Syrien, aber auch in vielen Ländern Afrikas, zeigen doch, dass Frieden im 21. Jahrhundert keine Selbstverständlichkeit ist. Frieden ist nicht einfach so gegeben, sondern wir müssen dafür auch etwas tun. Vielen Menschen hier bei uns ist das Thema Frieden nicht so wichtig, da sie es als erledigt ansehen.

Welche Rolle wird das Europäische Parlament in Zukunft spielen?

Hoffentlich eine konstruktive Rolle. Unsere Aufgaben sind: Kluge und vernünftige Entscheidungen in den Sachfragen, die kritische Begleitung der Kommission und die Verhinderung von übertriebener Regulierung sowie Antreiber bei wichtigen Fragen zu sein, wie zum Beispiel gerade bei der Verstärkung der Küsten- und Grenzsicherung. Wir sind in fast alle Bereiche der EU-Gesetzgebung eingebunden - das gilt auch beim Brexit: Sollte die britische Regierung den Austrittsantrag formell stellen und liegen die Verhandlungsergebnisse dann vor, muss das EP zustimmen oder ablehnen. Ohne uns geht das nicht.

Unsere Bundeskanzlerin setzt auf eine Politik von Ruhe und besonnenen Verhandlungen. Aus Brüssel hat man zuletzt eher eingeschnappte Reaktionen vernommen, die eine harte Kante zeigen wollen. Wie sieht der richtige Weg aus?

Ich bin da auf der Seite der Kanzlerin. Weder kindische beleidigte Reaktionen noch übereilte Aktionen oder Forderungen bringen uns jetzt voran. Wir müssen die Entscheidung der britischen Bevölkerung zur Kenntnis nehmen. Genauso werden wir akzeptieren müssen, wenn das Vereinigte Königreich Artikel 50 aktiviert und dann zügig und vernünftig damit umgehen. Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments (SPD) und Sigmar Gabriel, SPD-Parteivorsitzender, haben einen 10-Punkte-Plan vorgelegt, da waren die Wahllokale gerade geschlossen. Diese hektische Aktion war getrieben von dem Wunsch nach öffentlicher Wirkung - sie bringt uns aber nicht weiter. Erst Fakten zur Kenntnis nehmen, dann überlegen und dann entscheiden.

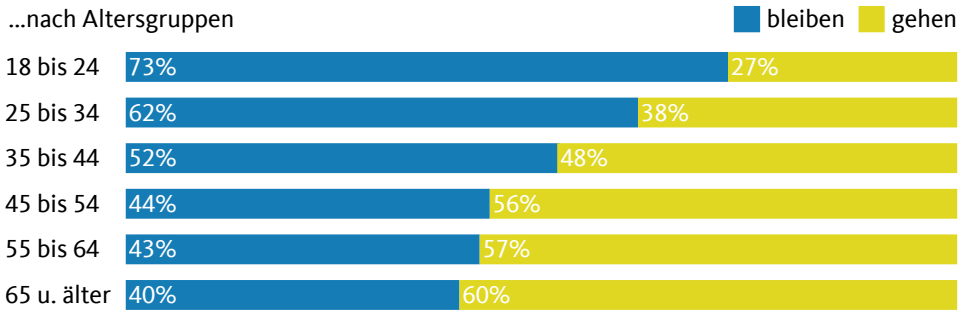
Das Vereinigte Königreich wird also ein enger Partner bleiben?

Für die zukünftigen Beziehungen muss man ja zunächst mal sehen, wie der Prozess jetzt weitergeht. Aber es liegt weder im deutschen, europäischen oder britischen Interesse, die Verbindungen gänzlich zu kappen. Auch nach einem Austritt brauchen wir im Interesse der Menschen eine verträgliche Zusammenarbeit. Das Vereinigte Königreich und die EU sind in vielerlei Hinsicht sehr eng verbunden: Wirtschaft, Industrie, Bildung und Forschung: Das wird sich nicht von heute auf morgen ändern.

Innerhalb weniger Stunden wurden fünf Billionen Dollar vernichtet – die doppelte Wirtschaftskraft des Vereinigten Königreichs. Damit hat jeder Brite, der für den Brexit gestimmt hat, über 300.000 Dollar auf einen Schlag verloren. Ist das erst der Anfang eines wirtschaftlichen Niedergangs der Insel?

Das will ich nicht hoffen für unsere Nachbarn. Allerdings glaube ich schon, dass das Vereinigte Königreich es schwer haben wird in den kommenden Jahren. Schon in diesem Sommerurlaub werden viele Briten die Folgen im Geldbeutel spüren. Und das Ende dieser wirtschaftlichen Folgen ist noch nicht wirklich abzusehen. Abschottung schadet der wirtschaftlichen Entwicklung. Ein gemeinsamer Markt hat

Wahlverhalten beim EU-Referendum



Vorteile für alle.

Entwickelt sich das Referendum nicht zu einem gewaltigen Eigentor für das Vereinigte Königreich?

Ich befürchte Ja. Mehr Unabhängigkeit und vermeintliche Selbstbestimmung können am Ende zu wirtschaftlichen und politischen Nachteilen führen. Am Ende ist das Vereinigte Königreich nicht mehr Teil einer politischen und wirtschaftlichen Gemeinschaft sondern klein und isoliert. Wenn sie die Vorteile des Binnenmarktes behalten wollen, dann landet das Vereinigte Königreich eventuell beim norwegischen Modell. Und das bedeutet: Einzahlen und an Regeln halten, aber nichts mehr zu sagen haben!

Haben uns die Briten am Ende mit ihrem Eigentor einen Gefallen getan?

Nein, auf keinen Fall. Ich bedauere einen Austritt der Briten außerordentlich. Aber manchmal kann man aus einer Krise etwas lernen. Wenn am Ende die Schlagkraft und Wirkung Europas verbessert wird, hätten wir die Krise als Chance genutzt.

Braucht es jedoch nicht allen voran wieder eine Politik, die Begeisterung für die europäische Idee auslöst?

Ich warne vor großen Plänen und Visionen. Es muss erst einmal eine Vertrauensgrundlage für die Zukunft aufgebaut werden. Das bedeutet: Zuerst Erfolge nachweisen, dann anstehende Probleme lösen. Dann müssen wir zeigen, dass wir verstanden haben und weniger übertriebene Detailregulierung abliefern. Vielleicht sollten wir sogar ein paar symbolträchtige Regelungen zurück nehmen: Die Energiesparbirne ist hier mein Lieblingsbeispiel. Die Begeisterung für das europäische Projekt wird geweckt, in dem man einige zentrale Zukunftsprojekte benennt und löst. Dazu gehört die Sicherheit der Europäer, die durch verbindliche Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste und praktikablen Datenschutz gestärkt werden kann. Dazu könnte auch gehören, dass man das Thema Jungendarbeitslosigkeit in einigen Ländern angeht, zum Beispiel durch einen gemeinsamen Ausbildungspakt. Wachstum muss gefördert werden durch weniger Regulierung für die Industrie. Wir sollten nicht nur über Digitalisierung reden, sondern unsere finanziellen Mittel konzentrieren und ganz Europa mit Breitband versorgen. Das ist ein großes und fundamental wichtiges Projekt für alle Menschen in Europa und dazu auch ein sichtbares.

Vielen Dank für dieses Interview! Es war sicherlich nicht das letzte Mal, dass wir über diese wichtigen europäischen Themen gesprochen haben. Wir wünschen Ihnen für Ihre zukünftige Arbeit für Europa viel Erfolg!

Referendums-Erfahrungen im United Kingdom

von **Dr. Horst Tippkötter**

Seit sieben Jahren lebe ich mit meiner englischen Frau abwechselnd in Deutschland und in Großbritannien. Unsere Kinder, und unsere Enkel leben in Schweden und Deutschland, unsere engen Freunde und entfernteren Verwandten in England, Belgien, Frankreich, Österreich und Spanien. Wir betrachten uns als Europäer, wir sind stolz auf unsere jeweiligen Länder; ihre kulturelle Vielfalt ist unser Reichtum und unser Glück.

Aus diesem Grund haben wir vor dem 23. Juni 2016 mit voller Überzeugung bei vielen Freunden, Bekannten und Nachbarn immer wieder intensiv für den Verbleib des United Kingdom in der Europäischen Union geworben, mit Briefen, in zahlreichen persönlichen Gesprächen, wo immer sich eine Möglichkeit bot. Seit dem vergangenen Freitagmorgen wissen wir: Es war vergeblich: Bei einer Wahlbeteiligung von 72% haben 51.9% der Briten für „Leave“ gestimmt, 48,1% für „Remain“.

Was waren die Motive der Neinsager: Vordergründig ging es in der Referendumskampagne um Themen wie die Verschwendung von Steuergeldern in Brüssel, die Regulierungswut der Brüsseler Behörden, die rechtliche Abhängigkeit von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs, besonders in Menschenrechtsfragen, die (behauptete) mangelnde demokratische Legitimation der EU-Kommission, der EZB, die schrumpfende Bedeutung des nationalen Parlaments, die innereuropäische Migration, den Schutz vor Terrorismus , also um Themen, die in vielen EU-Ländern derzeit auf mancherlei Verständnis stoßen. Im Grunde aber ging es und geht es um die Identität der (englischen) Nation: „We want to do what we want, not what they[Brussels] tell us to do.“ „Let’s take back control of our country.“ “We want to spend our own money.”„Britain can go it alone.” Das sind einige der Slogans der „Brexiteers“, denen die „Remainers“ ebenso leidenschaftlich widersprochen haben. Alle fast einmütigen Warnungen der Wirtschaftsexperten vor den Folgen eines Ausscheidens aus der EU wurden einfach ignoriert. „Die irren sich doch ohnehin dauernd!“

Auffällig war von Anfang an, dass die Folgen eines Brexit für die EU als Ganzes zu keinem Zeitpunkt der Kampagne irgendeine Rolle spielten: Putinkrise, Flüchtlingskrise, Eurokrise – all das waren und sind Themen, die die Mehrheit des britischen Wahlvolks nichts anzugehen scheinen. „Die ganze EU werde ohnehin über kurz oder lang auseinanderbrechen, sie sei gescheitert...“

Nun ist das Land tief gespalten: Alt gegen Jung, Stadt gegen Land, Schottland und Nordirland gegen England, eine hoffnungslos zerrissene Tory-Partei, eine Labour Party, deren Parlamentsfraktion dem Parteivorsitzenden Corbyn das Misstrauen ausspricht; eine tief verunsicherte Bevölkerung, die in einer Petition innerhalb von fünf Tagen bereits ca. 4 Millionen Unterschriften für eine Wiederholung des Referendums gesammelt hat.

Welche Schlussfolgerungen können wir in Deutschland aus dieser Referendums-Erfahrung ziehen?

Eine mir seit Jahren vertraute, politisch erfahrene englische Freundin schrieb mir Ende Mai, drei Wochen vor dem Referendum: „Es fällt mir schwer, David Cameron zu verzeihen, dass er eine Volksabstimmung (deren Folgen verheerend sein könnten) entfesselt und auf ein apathisches/schlecht informiertes/verwirrtes Wahlvolk losgelassen hat, lediglich um die Herausforderung [seiner Conservatives] durch UKIP abzuwehren und den vergeblichen Versuch zu unternehmen, die Euroskeptiker seiner eigenen Partei zu befrieden.“ Soviel zum Thema Basisdemokratie und Volksabstimmung!

Dieses Referendum, selbst wenn es positiv ausgegangen wäre, muss zu einer Reform der EU an Haupt und Gliedern führen, die die Grenzen nationalstaatlichen und gemeinschaftlichen Handelns der Mitgliedstaaten klarer definiert. Im Zweifelsfall: Subsidiarität. Die EU-Referendumskampagne in Großbritannien hat uns reiches Anschauungsmaterial dafür geboten, wie eine solche Reformdebatte geführt werden kann und wie nicht. ■

Dr. Horst Tippkötter

ist seit 1984 CDU-Mitglied, Oberstudiendirektor a.D. und lebt wechselweise in seiner Heimat Bergisch Gladbach und im englischen Bournemout.

Termine

Juli 2016

19.07.2016
Dienstag
17:15 Uhr
CDU GL-Bensberg/Moitzfeld
Über den Dächern Kölns - Domführung
Westseite Dom, vor Hauptportal
Lennart Höring, 0163 7727776, lennart.hoering@cdu.gl
5 € p.P.; Teilnahme ab 16 Jahren möglich

20.07.2016
Mittwoch
07:30 Uhr
Senioren-Union Rösrath
Fahrt nach Wetzlar - Besichtigung Fa. Leica
Haltestelle Halfenhof und anschließende
Paul Kraus, 02205 6118

20.07.2016
Mittwoch
14:30 Uhr
CDU GL-Gronau/Heidkamp
Besichtigung der GWK in Bergisch Gladbach
Schlodderdicher Weg 59
Claudia Casper, 0177 7893662, claudia.casper@cdu.gl

20.07.2016
Mittwoch
17:00 Uhr
Senioren-Union Burscheid
Stadtgespräch „Sparen - lohnt es noch?“
Gaststätte Tennishalle Hilgen, Erlenweg 4
Heinz Wilgenbusch, 02174 786217

21.07.2016
Donnerstag
17:00 Uhr
Senioren-Union Odenthal
3. Mitgliederversammlung
Haus der Begegnung
Helga Happel, 02202 79708

23.07.2016
Samstag
11:00 Uhr
Junge Union Leichlingen
Beachvolleyball-Turnier
Blütenbad Leichlingen, Am Büscherhof 45
Marc O. Drechsel, 0162 9029497, 2er Team 5 € p.P.
ju-beachvolleyball-turnier@gmx.de

28.07.2016
Dienstag
17:15 Uhr
CDU GL-Bensberg/Moitzfeld
Flughafenführung Köln/Bonn
Flughafen, Terminal 1, Abflugebene B, Aufgang 1
Lennart Höring, 0163 7727776, lennart.hoering@cdu.gl
5 € p.P.; Ausweisdokument muss mitgeführt werden

30.07.2016
Samstag
15:00 Uhr
Frauen Union Rösrath
Patenschaftstreffen der Beetpaten
Sitzbank Gerottener Weg; mit Kölsch und Reibekuchen
Vera Rilke-Haerst, 02205 9049224, vera@haerst.de

30.07.2016
Samstag
15:00 Uhr
Frauen Union Leichlingen
Besichtigung der Straussenfarm Emminghausen
Emminghausen 80, Wermelskirchen
Nina Ganzer-Hensel, 01578 3045124, 5 € p.P.
sommerprogramm@cdu-leichlingen.dev

August 2016

03.08.2016
Mittwoch
19:00 Uhr
CDU Bergisch Gladbach-Stadtmitte
Mitgliederoffene Vorstandssitzung
Gaststätte Zum Horn, Hornstraße 147
Oliver Renneberg, 02202 239964, stadtmitte@cdu.gl

04.08.2016
Donnerstag
10:00 Uhr
CDU Overath
Architekturhistorischer Ausflug
Fahrgemeinschaften ab Bahnhof Overath
H. Schiefer, 0161 16568809, hannah-schiefer@gmx.de

06.08.2016
Samstag
14:00 Uhr
CDU Rösrath
Bergbauwanderweg mit Robert Wagner
Treffpunkt Parkplatz Ecke Volberg/Bücheler Weg
Vera Rilke-Haerst, 02205 9049224, vera@haerst.de

06.08.2016
Samstag
14:00 Uhr
CDU Leichlingen
Besichtigung der „neuen bahnstadt opladen“
Treffpunkt Werkstättenstraße 20, Leverkusen
Achim Wilke, 0177 6484374,
sommerprogramm@cdu-leichlingen.de

10.08.2016
11.08.2016
Mittwoch
Donnerstag
13:45 Uhr
Senioren-Union Rösrath
Besichtigung des Polizeipräsidiums Köln
Haltestelle Halfenhof und anschließende
Zwei Termine, da max. 25 Teilnehmer pro Tag
Paul Kraus, 02205 6118

11.08.2016
Donnerstag
14:00 Uhr
Senioren-Union Bergisch Gladbach
Geführte Kölner Hafenrundfahrt auf der MS Rheinperle
Anlegebrücke Konrad-Adenauer-Ufer
18 € p.P. (Schiffstour inkl. Führung)
Josef Mohr, 02202 53640, hejomo@t-online.de

13.08.2016
Samstag
10:15 Uhr
CDA Bergisch Gladbach
Führung ehemaliger Regierungsbunker
Treffpunkt nach Anmeldung, 17 € p.P. inkl. Bahnticket, Eintritt, Führung
Robert Kraus, 0176 20078182, cda@cdu.gl

13.08.2016
Samstag
14:00 Uhr
CDU Witzhelden
Waldspaziergang mit Förster Karl Zimmermann
Brachhausen Leichlingen
Bernd Siebertz, 02174 38789,
sommerprogramm@cdu-leichlingen.de

13.08.2016
Samstag
15:00 Uhr
CDU GL-Paffrath/Hand
Dorfbegehung „Historisches Paffrath“
Hans-Hachenberg-Platz, ggü. Clemens-Kirche
Ursula Kolloch, 0151 46187441, paffrath@cdu.gl

13.08.2016
Samstag
15:00 Uhr
Senioren-Union Burscheid
Geführte Wanderung im Eifgental
Eifgensteg, Parkplatz Schöllerhof
CDU-Büro, 02174 5545, 10 € p.P.

17.08.2016
Mittwoch
15:00 Uhr
CDU Overath
Süße Sachen selber machen
Für Kinder von 8-12 Jahren
Christiane Schloten, 02204 768902
christiane.schloten@cdu-overath.de

17.08.2016
Mittwoch
15:00 Uhr
Senioren-Union Bergisch Gladbach
Mittwochstreff mit Wolfgang Bosbach MdB
NEU: Kircheneck im Gaffel am Bock,
Konrad-Adenauer-Platz, Bergisch Gladbach
Manfred Klein, 02202 83572, manfred.klein@cdu.gl

18.08.2016
Donnerstag
13:30 Uhr
CDU Overath
Zur Dammkrone der Wiehltalsperre
Fahrgemeinschaften ab Burgholzweg, max. 15 P.
Siegfried Raimann, 02204 481569
siegfried.raimann@cdu-overath.de

19.08.2016
Freitag
20:15 Uhr
CDU Overath
Eine Nacht auf dem Flughafen Köln/Bonn
Fahrgemeinschaften ab Dorfplatz Heiligenhaus
CDU-Bürgerbüro, 02202 9369550
rainer.deppe@landtag.nrw.de

20.08.2016
Samstag
08:30 Uhr
Senioren-Union Leichlingen
Fahrt nach Remagen
Bahnhof Leichlingen
Gert Schulze, 02174 3573
sommerprogramm@cdu-leichlingen.de
Kosten auf Anfrage!

20.08.2016
Samstag
10:00 Uhr
Junge Union Bergisch Gladbach
Einstieg ins Geocaching
Treffpunkt nach Anmeldung bei:
Sascha Inderwisch, sascha.inderwisch@cdu.gl

20.08.2016
Samstag
10:00 Uhr
CDU Rösrath
Vater/Mutter-und-Kind im Kölner Zoo
Treffpunkt vor dem Haupteingang ab 09:30 Uhr
Wolfgang Gosewisch, w.gosewisch@gmx.de
7,50 € für Erwachsene und Kind

Bilder: CDU.de

20.08.2016
Samstag
11:00 Uhr
MIT, FU, EAK Kreisverbände
Update: Herausforderungen der Asyl- und Zuwanderungspolitik heute mit Heiko Hendriks MdL
Clubheim „Bergischer Luftsport Verein e.V.“
Am Stadion (Olympiastützpunkt), Bergisch Gladbach
Birgit Fort, 02202 57979, eak@cdurbk.de

25.08.2016
Donnerstag
10:30 Uhr
Senioren-Union Overath
156. Frühschoppen mit Leonhard Kuckart
Bürgerhaus Overath
Hans Gerd Wunderlich, 02206 4973

27.08.2016
Samstag
18:00 Uhr
CDU Overath
Sommerfest
Habers Hof Overath-Warth
Keine Anmeldung erforderlich
www.cdu-overath.de

29.08.2016
Montag
18:00 Uhr
EAK-Kreisverband
Offene Vorstandssitzung
CDU-Center, Am Stadion 18-24, Bergisch Gladbach
Birgit Fort, 02202 57979, eak@cdurbk.de

31.08.2016
Mittwoch
19:00 Uhr
CDU Rösrath
Bürgergespräch zur Stadtentwicklung
Marlenes Cafe am Schloss, Zum Eulenbroicher Auel 19
www.cdu-roesrath.de

September 2016

03.09.2016
Samstag
17:00 Uhr
CDU Leichlingen
Sommerfest
Am Stadtpark, Leichlingen
Dr. Katharina BNischof, 0174 9947741
sommerprogramm@cdu-leichlingen.de

04.09.2016
Sonntag
13:00 Uhr
CDU Wermelskirchen
Sommerfest
Christian Klicki, 0177 6274756, christianklicki16@web.de

06.09.2016
Dienstag
18:00 Uhr
CDU Wermelskirchen
Die USA vor den Präsidentschaftswahlen mit US-Generalkonsul Michael R. Keller
Christian Klicki, 0177 6274756, christianklicki16@web.de

07.09.2016
Mittwoch
15:00 Uhr
Senioren-Union Rösrath
Das Politische Gespräch 38
H.R. Drümmen, 02205 911392, hr@druemmen.de
www.senioren-roesrath.de

07.09.2016
Mittwoch
19:00 Uhr
CDU Bergisch Gladbach-Stadtmitte
Mitgliederoffene Vorstandssitzung
Gaststätte zum Horn, Hornstraße 147
Oliver Renneberg, 02202 239964, stadtmitte@cdu.gl

14.09.2016
Mittwoch
17:00 Uhr
CDA Wermelskirchen
Besichtigung der Zunft-Kölsch-Brauerei Wiehl
Fahrt mit dem Reisebus; 30 € p.P. inkl. Busfahrt, Verkostung und Imbiss
Manfred Groß, 02196 886613

15.09.2016
Donnerstag
08:15 Uhr
Senioren-Union Overath
119. Exkursion nach Dillenburg
Bahnhof Overath, 30 € p.P. inkl. Bus, Führung, Eintritte
Hans Gerd Wunderlich, 02206 4973

15.09.2016
Donnerstag
11:15 Uhr
Senioren-Union Rösrath
Besuch bei Holger Müller MdL im Landtag NRW
Haltestelle Halfenhof und weitere
Paul Kraus, 02205 6118

21.09.2016
Mittwoch
08:30 Uhr
Senioren-Union Burscheid
Busfahrt ins Ahrtal
25 € p.P. für Busfahrt, Wanderung, Bimmelbahn, Stadtführung, Weinprobe
CDU-Büro, 02174 5545

21.09.2016
Mittwoch
15:00 Uhr
Senioren-Union Bergisch Gladbach
Mittwochstreff
NEU: Kircheneck im Gaffel am Bock,
Konrad-Adenauer-Platz, Bergisch Gladbach
Manfred Klein, 02202 83572, manfred.klein@cdu.gl

27.09.2016
bis
01.10.2016
Senioren-Union Rösrath
Studienfahrt ins Havelland
Infos und Anmeldung bei Hans-Reinhold Drümmen
02205 911392, hr@druemmen.de

27.09.2016
Dienstag
20:00 Uhr
EAK Bergisches Land
Schloss Burger Gespräch mit Diakon Willibert Pauels
Hotel Niggemann, Wermelskirchener Str. 22, Solingen
Birgit Fort, 02202 57979, eak@cdurbk.de

30.09.2016
Freitag
18:00 Uhr
19:00 Uhr
EAK-Kreisverband
Jahreshauptversammlung mit Pfarrer Thomas Werner
Vorstandswahlen
Offenes Gespräch mit Pfarrer Thomas Werner zum Thema „Evang. Kirche und Familie“
Birgit Fort, 02202 57979, eak@cdurbk.de

Veranstaltungstipp:

Ausreisepflicht nicht gleich Ausreise

Foto: Manfred Esser

Wolfgang Bosbach MdB

Trotz rückläufiger Zuzugszahlen hält der Zustrom von Asylbewerbern aus den Krisenregionen der Welt an. Wie bereits in den vergangenen Jahren sind in den Wintermonaten deutlich weniger Asylsuchende nach Deutschland gekommen als in den Sommermonaten. Mit dem milderen, sommerlichen Wetter steigen die Zahlen jetzt jedoch wieder an, insbesondere über die sogenannte Mittelmeerroute.

Um für die zahlreichen Flüchtlinge, die aus berechtigten Gründen nach Deutschland kommen, ausreichende Aufnahmekapazitäten und Integrationschancen bieten zu können, ist es notwendig, all jene, die keine Bleibeperspektive in Deutschland haben, konsequent und zeitnah in ihre Heimatländer zurückzuführen. Diese Rückführungen gestalten sich jedoch in der Praxis überaus schwierig.

Von den über 220.000 zurzeit vollziehbar Ausreisepflichtigen haben über ¾ den Status einer Duldung. Auch wenn für diese Personen keine dauerhafte rechtliche Bleibeperspektive besteht, können sie infolge der Duldung vorerst nicht zurückgeführt werden und verbleiben entweder vorübergehend, einige sogar auf Dauer in Deutschland. Die Gründe für eine rechtliche Duldung und das damit einhergehende Vollzugsdefizit bei den Ausreisepflichten sind überaus vielfältig.

Zum einen entwickelt sich in vielen Ländern erst langsam der politische und administrative Wille, die Ausreisepflicht auch tatsächlich durchzusetzen. Zum anderen ist das gesamte Prozedere der Ausreise überaus langwierig und die Aufnahmebereitschaft der Zielländer wenig ausgeprägt. Des Weiteren ist die Kooperationsbereitschaft vieler Ausreisepflichtigen überaus gering. Dies zeigt sich in Täuschungshandlungen, dem Vernichten von Ausreisedokumenten oder im Untertauchen. Zudem sind in vielen Fällen die Nationalitäten ungeklärt und infolge fehlender Identitätsdokumente lässt sich die wahre Nationalität nicht feststellen.

Bundesminister Thomas de Maizière hat zu Recht darauf hingewiesen, dass ein hoher Anteil der Ausreisepflichtigen im Vorfeld der Abschiebung gesundheitliche Gründe gegen die Rückführung geltend macht. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe hat unter Führung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge über einen mehrjährigen Zeitraum entsprechende Daten erfasst und festgestellt, dass häufig auf Krankheiten verwiesen wurde, die bereits in vorausgegangenen Asylverfahren vorgetragen wurden, aber zu keinem zielstaatsbezogenen Abschiebungsschutz führten. Von psychischen Erkrankungen abgesehen, die erst angesichts der drohenden Rückführung (erneut) zu Tage treten können (etwa eine posttraumatische Belastungsstörung), liegt daher die Vermutung nahe, dass ein solches Vorbringen häufig allein dem Zweck dienen soll, die Rückführung durch die notwendig werdende Klärung der Reisefähigkeit hinauszuzögern beziehungsweise abzuwenden.

Um das bestehende Vollzugsdefizit umfänglich abzubauen, muss es unser oberstes Ziel sein, die Duldungsfälle auf ihre Validität hin zu überprüfen, die Zielländer zu einem kooperativen Verhalten zu animieren und die administrativen Hürden einer Rückführung zu senken.

Wolfgang Bosbach MdB
Wahlkreisbüro
Am Stadion 18-24, 51465 Bergisch Gladbach
Tel: 02202-93695-30, Fax: -22
E-Mail: wolfgang.bosbach.wk@bundestag.de
www.wobo.de

NRW-Verfassungsschutzbericht: Es geht um unsere Demokratie

Holger Müller ist seit 2005 Landtagsabgeordneter für Bergisch Gladbach und Rösrath.

Innenminister Jäger entgleitet die Sicherheit in Nordrhein-Westfalen immer mehr. Das belegt der aktuelle Verfassungsschutzbericht. Im Kampf gegen links- und rechtsextremistische sowie salafistische Verfassungsfeinde bleibt Jäger zusehends hilf- und konzeptlos. Die Bekämpfung extremistischer Bestrebungen ist eine umfassende Aufgabe, für die den Sicherheitsbehörden das notwendige Personal sowie die Technik fehlen. Angesichts dieser dramatischen Entwicklung muss die rot-grüne Landesregierung endlich ein umfassendes Konzept vorlegen, das sowohl präventive Maßnahmen, als auch erforderliche Instrumente für den Verfassungsschutz vorsieht. Präventiv sind Maßnahmen erforderlich, die Hass und Wut junger Menschen auf unsere Gesellschaftsordnung verhindern und zugleich vermeiden, dass sie sich ins Abseits gedrängt fühlen. Der Verfassungsschutz muss Möglichkeiten erhalten, mit denen er frühzeitig erkennen kann, wer sich wo radikalisiert. Es geht um unsere Demokratie. Weiter muss Minister Jäger endlich bereit sein, die selbst ernannten Imame, die junge Menschen radikalisieren, auch öffentlich zu benennen. Schulen, Jugendämter und Eltern müssen wissen, mit wem ihre Kinder keinen Kontakt haben sollten.

Gute Demokraten bekämpfen jede Art von Extremismus, unabhängig von welcher Richtung er kommt. Neben den offensichtlich nicht ausreichenden Handlungskonzepten gegen Salafismus und Rechtsextremismus brauchen wir auch ein Konzept gegen den stetig wachsenden Linksextremismus. Die Zahlen im Verfassungsschutzbericht machen die Notwendigkeit deutlich.

Holger Müller MdL
Landtagsbüro
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Tel: 0211 - 884-2263, Fax: -3368
E-Mail: holger.mueller@landtag.nrw.de
www.klartextmueller.de
/klartextmueller

2017 steht ein Wechsel an!

Im Januar 2017 werden die Aufgaben im Europäischen Parlament neu besetzt. Nach den bisherigen Regeln wechseln die Vorsitzenden im Parlament, den Ausschüssen usw. nach der Hälfte der Legislaturperiode. Bisher wurde einmal eine Ausnahme gemacht und zwar wurde für Parlamentspräsident Martin Schulz eine Ausnahme gemacht. Er wurde am Ende der letzten Periode noch einmal für 2 ½ Jahre gewählt. Damals wollte er bereits eine Verlängerung um 5 weitere Jahre, aber wir haben das abgelehnt. Er hat dann dem Kompromiss (2 ½ Jahre) zugestimmt und diese Absprache mit seiner Unterschrift besiegelt.

Seit einigen Wochen mobilisiert Herr Schulz nun die Öffentlichkeit für eine zweite Verlängerung. Ich bin damit nicht einverstanden und setze mich dafür ein, dass die Regel eingehalten wird. Es darf kein Bruch der Abmachung geben und eine Sonder-Sonder-Regel für Schulz brauchen wir auch nicht.

Sicherlich hat sich Martin Schulz im Verlauf seiner Amtszeit Verdienste um das EU-Parlament erworben und ich bestreite nicht, dass der Bedeutungszuwachs des Parlaments spürbar ist. Allerdings agierte der Parlamentspräsident in der Vergangenheit oft ohne Mandat des Parlaments. Häufig nutzte er das neutrale Amt für parteipolitische Stellungsnahmen, Auftritte und Einflussnahmen. Er hat viel Öffentlichkeit erreicht, aber immer nur für sich persönlich. So hat eben auch die Medaille-Schulz zwei Seiten. Ich gehe noch davon aus, dass Schulz sich an die Absprache hält und zu seinem Wort steht. Wir sind schließlich keine Monarchie. Die CDU/CSU-Gruppe wird Herrn Schulz jedenfalls nicht zu einer dritten Amtszeit verhelfen, diesbezüglich herrscht Konsens. Die EVP-Fraktion wird ihren eigenen Kandidaten auswählen und rechtzeitig Ende des Jahres entscheiden. Es gibt mehrere Kandidaten und wir werden sorgfältig jemanden aus unseren Reihen aussuchen, der auch für andere Funktionen wählbar ist.

Herbert Reul MdEP ist seit 2012 Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament.

Herbert Reul MdEP
Europa-Büro
Am Stadion 18-24, 51465 Bergisch Gladbach,
Tel: 02202 - 93695-55, Fax: -61
E-Mail: h.reul@herbert-reul.de
www.herbert-reul.de
/HerbertReul

Einbrechern den Kampf ansagen

Bestimmt kennen Sie auch jemanden in Ihrem Bekanntenkreis bzw. der Nachbarschaft, bei dem in den letzten Jahren eingebrochen wurde. Hoffentlich waren Sie nicht selber sogar schon Opfer. 1.098 mal stiegen allein im Jahr 2015 Einbrecher im Rheinisch-Bergischen Kreis in Wohnungen ein – oder versuchten es zumindest.

Auf das gesamte Bundesland bezogen registrierte die Polizei 62.362 Wohnungseinbrüche. Das sind 5.000 mehr als in Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Niedersachsen ZUSAMMEN (57.467). Nur in Bremen und Hamburg ist die Wahrscheinlichkeit größer, Opfer eines Einbruchs zu werden.

Die CDU-Landtagsfraktion hat deshalb jetzt ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchsdiebstahls in den Landtag eingebracht. Der sog. 7-Punkte-Plan gegen den Wohnungseinbruch sieht vor:

1. die Tatortaufnahme bei Wohnungseinbrüchen soll künftig durch feste, speziell geschulte Teams mit klar definierten Aufgaben erfolgen;
2. die Anzahl von Ermittlungskommissionen zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls muss schnellstmöglich verdoppelt werden;
3. es muss eine Sicherheitskooperation mit angrenzenden Bundesländern geben;
4. die Polizei soll computerunterstützte Ermittlungshilfen erhalten (Predictive Policing); die CDU-Kreispartei fordert dies seit 2014;
5. mit Hilfe der Schleierfahndung wollen wir die heute meist internationalen Täterbanden erkennen und dingfest machen;
6. es muss eine verbesserte Polizeizusammenarbeit in der Euregio geben (Kooperation mit europäischen Nachbarländern);
7. schließlich fordern wir einen sofortigen Verzicht der sinnlosen Blitz-Marathons;

Dieser Plan stößt bei SPD und Grünen auf geschlossene Ablehnung. Dabei darf der Staat die Augen vor der Realität nicht verschließen. Für die CDU ist Kriminalitätsbekämpfung eine Kernaufgabe des Staates.

Einen Lichtblick gibt es zu vermelden. Im Rheinisch-Bergischen Kreis wird etwa die Hälfte der Einbrüche abgebrochen. Entweder sind die Täter gestört worden oder die Bewohner hatten ihre Wohnung so gut gesichert, dass die Einbrecher aufgaben. Eine wachsame Nachbarschaft ist nach wie vor der beste Schutz. Zögern Sie bitte nicht, die Polizei unter 110 anzurufen, wenn Sie etwas Verdächtiges beobachten. Zudem berät Sie die Kreispolizeibehörde gerne zu Vorbeugemaßnahmen gegen Einbrüche (0 22 02) 205-470.

Foto: Manfred Esser

Rainer Deppe ist seit 2005 Mitglied im Landtag NRW.

Im Landtag bleibt der Kampf gegen Wohnungseinbrecher für die CDU ein ganz wichtiges Thema. Die Polizei in NRW braucht mehr Personal und endlich die Mittel, um Täter dingfest zu machen.

Rainer Deppe MdL
Landtagsbüro
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Tel. 0211-884-2340, Fax -3227
E-Mail: rainer@deppe-direkt.de
www.deppe-direkt.de
/rainer.deppe.mdl
@rainer.deppe.mdl

Förderprojekt „alle inklusive, barrierefrei & seniorengerecht“ beschlossen

von **Uwe Pakendorf**

Das „Bergische Wanderland“ erfreut sich einer immer größeren Beliebtheit! Immer mehr Wanderer nutzen die beiden Fernwanderwege „Bergischer Weg“ und „Bergischer Panoramasteig“ sowie die 24 Touren unter dem Titel „Bergische Streifzüge“. Die Besucherzahlen in Gastronomie und Hotelgewerbe steigen im Zuge dessen in unserer Region wieder. Besondere Leistungen hat in diesem Bereich die Tourismusagentur „Das Bergische gGmbH“ erzielt.

Nun hat der Kreistag des Rheinisch-Bergischen Kreises beschlossen, sich an einem weiterem Förderprojekt zur zusätzlichen Attraktivitätssteigerung unseres Freizeitangebotes im Bereich des Wanderns zu beteiligen. Zuvor hatte die Gesellschafterversammlung „Das Bergische gGmbH“ dem Projekt vorbehaltlich der politischen Beschlüsse die Zustimmung erteilt. Unter dem Titel „alle inklusive, barrierefrei und seniorengerecht“ bewerben sich der Oberbergische Kreis gemeinsam mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis erneut um insgesamt 2 Mio. Euro Fördermittel des Ziel-II-Wettbewerbs „Erlebnis NRW“.

Vordringlich geht es bei dem Projekt darum, im Gebiet der beiden Kreise durch Qualifizierungsmaßnahmen im Tourismusgewerbe, mit der Durchführung von punktuellen infrastrukturellen Verbesserungsmaßnahmen im Bereich der bestehenden Wander- und Radwege, der Ausarbeitung und Umsetzung neuer seniorengerechter und barrierefreier Angebote sowie einem entsprechenden Zielgruppenmarketing die Wander- und Radwegeangebote zu verbessern und damit neue Zielgruppen zu erschließen. Zielgruppen sind einerseits Senioren und Menschen mit Gehbehinderungen und andererseits auch junge Familien, die entsprechende Wege zukünftig besser, beispielsweise mit Kinderwagen, nutzen können.

Das Projekt soll in den Jahren zwischen 2017 und 2019 abgeschlossen werden. Die beiden Kreise bringen jeweils zur Hälfte insgesamt 650.000 Euro an Eigenmitteln zur Realisierung des Projektes auf.

Uwe Pakendorf
ist stellv. Kreisvorsitzender, Kreistagsabgeordneter aus Rösrath/Overath und Vorsitzender des Zukunftsausschusses

Lokale Großschadenswarnung im Kreis bald über Warn-App NINA

von **Ulrich Heutz**

Davon waren selbst die Katastrophenschützer überrascht: Die erste Testversion der Warn-App NINA hatte nach einem Jahr nicht mal 200.000 Nutzer. Jetzt, nach nicht einmal zwei Wochen der neuen Version, ist die halbe Million geknackt. Die Zahlen zeigen, dass das Informationsbedürfnis der Menschen groß ist und neue technische Lösungen gut angenommen werden.

Kein Wunder, denn gerade in den vergangenen Monaten jagte ein Unwetter das nächste. Die Folgen: nicht nur vollgelaufene Keller oder beschädigte Häuser, sondern vor allem auch Tote und Verletzte. Der Job des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) ist es, die Menschen vor möglichen Gefahren zu warnen, zum Beispiel vor einem Angriff aus der Luft durch Raketen oder Flugzeuge. Aber das deshalb aufgebaute so genannte Modulare Warnsystem (MoWas), das ursprünglich für Verteidigungszwecke entwickelt wurde, lässt sich inzwischen auch für viel mehr nutzen – eben auch zur Warnung vor drohenden Unwettern. Gleichzeitig gibt es andere Risiken. Anschlagsrisiken durch terroristische Anschläge in einer enormen neuen Bandbreite, darüber hinaus gibt es natürlich eine ganze Reihe von Unfallpotenzialen, wie beispielsweise Gefahrgutunfälle und Großbrände.

Bei Unwettern wird die „Notfall-Informations- und Nachrichten-App“ – kurz NINA – vom Deutschen Wetterdienst mit Informationen gefüttert. Bei überregionalen Gefahrenlagen sind es entweder die jeweiligen Innenministerien der Länder oder das BBK selbst, das die Warnung herausgibt. In Nordrhein-Westfalen sollen zügig alle kommunalen Leitstellen angeschlossen werden, die im Notfall entsprechende Warnmeldungen herausgeben können.

Dies soll im Idealfall nun auch in der Leitstelle des Rheinisch-Bergischen Kreises geschehen. Die Kreistagsfraktionen von CDU und Grünen haben einen entsprechenden Prüfauftrag auf den Weg gebracht, der einstimmig im Kreistag beschlossen wurde. Über das System können dann zukünftig Großschadensereignisse an das Warnsystem gemeldet werden, die von lokalen Einsatzkräften wie zum Beispiel der Feuerwehr als solche klassifiziert werden und von denen eine akute Gefahr für die Bevölkerung im Kreis ausgeht – entgegen der bisherigen Berichterstattungen werden allerdings keine Unwetterereignisse gemeldet. Diese Aufgabe fällt in die Kompetenz des Deutschen Wetterdienstes (DWD).

Jeder Nutzer entscheidet dabei selbst, wovor und für welche Orte er sich warnen lassen möchte. Die Warn-App NINA wird am Smartphone oder Tablet-PC verwendet. Außerdem bietet NINA jede Menge Tipps für den Ernstfall. Feuer, Hochwasser, Gewitter und einiges mehr – wie schützt man sich vorher, was tut man währenddessen oder was danach. Vieles sollte man sich im Zweifel natürlich lieber vor dem Ernstfall schon mal durchgelesen haben.

Ulrich Heutz
ist Kreistagsabgeordneter für Bergisch Gladbach und Sprecher für Gesundheit im Ausschuss für Soziales und Gesundheit

Impressum
Herausgeber: CDU-Kreistagsfraktion Rheinisch-Bergischer Kreis
Verantwortlich: Holger Müller MdL, Fraktionsvorsitzender
Redaktion: Johannes Dünner, Stv. Fraktionsvorsitzender
Büro: Am Rübezahlwald 7, 51469 Bergisch Gladbach
T: 02202-13 2328, F: -2244, E: cdu@rbk-online.de

Zukunft im digitalen Wandel gestalten!

Gegenseitig voneinander beeindruckt waren Publikum und Referenten bei der MIT-Veranstaltung zum Thema Digitalisierung. Robert Stein MdL führte in das Thema ein, Michael Köster von KPMG zeigte einen PowerPoinnt-Vortrag und Jürgen Bittner von Bitcon gab wertvolle Hinweise. Unter den Zuhörern waren selbst viele Experten, die bei der Podiumsdiskussion interessante Beiträge lieferten.

„Jedes gucken im Internet hat seinen Preis, bei dem ich viel von mir selbst preisgebe", hieß es gleich zu Beginn der Veranstaltung und Peter Jacobsen von der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft gab prompt ein Beispiel: „Ich bin 62 Jahre alt und habe mich aus Spaß einfach mal für Babywäsche interessiert, um zu sehen, wo mich das überall anschließend einholt - und ich bin mehr als erschrocken darüber, wer mir anschließend alles gratuliert und Werbung geschickt hat!" Kein Wunder, so die Referenten, denn wenn man beispielsweise auf die Seiten von RTL oder Otto gehe, wüssten das gleich drei große Konzerne in den USA: „Das müsste vom Gesetzgeber mal regulatorisch hinterfragt werden."

Die Digitalisierung macht vieles möglich, Gutes und Schlechtes: es gibt neue Geschäftsmodelle wie eBay, HRS, Helpling und es gibt verbesserte Geschäftsmodelle wie Drive Now, Uber, Airbnb uvam. Digitale Preisschilder (Barcodes) machen eine dynamische Preisgestaltung möglich und wer über ein iPhone ein Produkt bestellt zahlt unter Umständen mehr als jemand mit Android. Amazon aktualisierte einmal pro Stunde die Preise, so Michael Köster. Dennoch hätten viele Unternehmer keine Lust, sich digital fortzubilden: „Wenn gefragt wird nach den wichtigsten Technologien kommt was ganz anderes raus, als wenn Unternehmer gefragt werden, welche Projekte gerade geplant sind", wunderte sich Michael Köster von KPMG. Cloud-Dienste würden in Deutschland unterschätzt. „Wir hinken hinterher - andere Länder sind bei der Digitalisierung ringsum wesentlich weiter, schon allein was öffentliches Wi-Fi betrifft", ergänzte Jürgen Bittner. Eine gute Internet-Versorgung sei die Voraussetzung, Bayern sei hier wesentlich weiter als NRW.

Köster erläuterte, eine gute Versorgung könne Entwicklung hemmen: „Wir in NRW haben ein dichtes Netz an Supermärkten, deshalb ist man nicht so schnell bereit, drei Euro Liefergebühren zu zahlen. Auch beim ISDN-Netz waren wir weltweit führend. In Afrika gibt es Länder ohne Festnetz mit hervorragender Mobilfunk-Versorgung." Ähnliches, so das Publikum einig, gelte auch für Waren: „Wir haben zu viel Ware im Markt, die Einzelhändler bieten zu viel Angebot und zu wenig Profil. Jährlich kommt 1 Million m² Verkaufsfläche hinzu. Das ist Kannibalismus. 80 % der Produkte hat jeder und dann gibt es einen Preiskampf." Bettina Wisniewsk von Bilfinger Real Estate war sich sicher, dass die Kombination von stationärem Handel und Onlinehandel die Zukunft sei: „Im Inetrnet gekaufte Ware, die nicht passt, im Shop zurückgeben und auch umgekehrt: den Zalando-Shop in Köln wollten am letzten Wochenende 10.000 Menschen sehen. Darüber hinaus muss Einkaufen zum Event werden, mit schönen Cafés zum Beispiel." Köster ergänzte: „Auch wenn ich bei Amazon einkaufe, kann doch der Laden vor Ort ausliefern. Aber dafür müsste sich die Einzelhändlergemeinschaft auch öffnen. Viele haben aber eine Abwehrhaltung gegen moderne Logistik." Viele Einzelhändler vor Ort hätten noch nicht mal einen Web-Auftritt, geputzte Schaufenster und schöne Dekorationen, so das Publikum.

Fazit: Die Digitalisierung hat unser Leben längst durchdrungen. Viele haben keine Lust, sich mit der Digitalisierung (ihren Risiken und Chancen) auseinander zu setzen, aber die Entwicklung zwingt dazu. Zum Beispiel bei den Banken. Helfen kann dann nur, sich als Verbraucher, Händler und Unternehmer so weiter zu bilden, dass wir das durchschauen. Alle betonten die Notwendigkeit informatischer Bildung. Nur mit dieser Kompetenz lässt es sich in dieser Welt mündig leben. Die Forderung von Robert Stein, ein Pflichtfach Informatik in den Stundenplan aufzunehmen, unterstützten die beiden anderen Referenten. Dafür müssten aber erst Lehrkräfte ausgebildet werden. (dd)

60 Jahre Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung

Die MIT Rheinisch-Bergischer Kreis hat im „Café Leichtsinn" auf den Tag genau 60 Jahre nach Gründung der MIT am 27.4.1956 „Geburtstag" gefeiert. Dem programmatischen Fundament, dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft nach Ludwig Erhard, ist sie stets treu geblieben: „Wohlstand für Alle" als Leitmaxime für die Politik und weitgehender Verzicht auf staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsleben… Die Soziale Marktwirtschaft weist dem Staat klare Aufgaben zu und sichert dem Individuum und den Unternehmen freiheitliche Betätigung.

Doch was hat sich in den 60 Jahren verändert, was wurde erreicht? Nicht viel, war die

ernüchternde Erkenntnis nach einem inspirierenden Vortrag von Andrea Steinert, Dozentin an der Fresenius Business School und Vizepräsidentin des Amerika-Hauses in Köln. Startups kämpfen weiterhin mit Bürokratie und damit, von den Banken kein Geld und keine Hinweise auf die KfW zu bekommen; Mädchen wünschen sich weiterhin in erster Linie ein Haus im Grünen und einen gut verdienenden Ehemann. Für viele Jugendliche ist „nicht auffallen und nicht zu viel riskieren" ein Leitmotto und „Mainstream" kein Schimpfwort mehr. Steinert ermunterte dagegen dazu, sich mehr zu trauen, mehr zu fordern, sich von Rückschlägen nicht entmutigen zu lassen und Erfolge zu feiern.

Fazit der Kreisvorsitzenden Dorothea Dietsch: „Die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft sind heute genau so aktuell wie vor 60 Jahren: Fördern wir auch in den nächsten 60 Jahren Kreativität, Solidarität und Eigenverantwortung der Bürger!" (dd)

Faßnacht beim Deutschlandrat

Anfang April nahm der JU-Kreisvorsitzende Diego Faßnacht an der Tagung der JU Deutschlands in Friedrichshafen teil. Mit verschiedenen Gästen wurden die vorangegangenen Landtagswahlen analysiert. Unter anderen zu Gast bei der JU waren die Bundesvorsitzende der Frauen Union Annette Widmann-Mauz MdB sowie der Vorsitzende

der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Steffen Bilger MdB. Darüber hinaus legte die JU auch inhaltliche Weichen. Die Themen „Stärkung der Fachkräfte in Deutschland durch Ausbildung und Integration“ und „Konzept zur Einführung einer solidarischen Lebensleistungsrente“ wurden behandelt. An der Diskussion beteiligte sich die JU Rhein-Berg erfolgreich mit Änderungsanträgen. Im Zuge dieser Diskussion wurde auch ein offener Brief an die Bundesministerin Nahles geschrieben. Darin fordert die JU die Bundesregierung auf, ihren Kurs in der Rentenpolitik zu ändern. „Fakt ist: Das aktuelle Rentensystem und der SPD-Entwurf zur Lebensleistungsrente werden die junge Generation vor kaum lösbare Herausforderungen stellen.“ JU-Deutschlandrat Diego Faßnacht zeigt sich nach dem Wochenende zufrieden und erfreut darüber, dass es der JU gelingt wichtige Zukunftsfelder zu besetzen. (df)

JU Bundesvorsitzender Paul Ziemiak zu Gast in Rhein-Berg

Am 24. April konnte die JU Rheinisch-Bergischer Kreis ihren Bundesvorsitzenden Paul Ziemiak in Odenthal im Herzogenhof begrüßen. Unter dem Titel „Neuausrichtung der Familienpolitik - soziokulturelle Grundlagen unserer Gesellschaft stärken“ fand die traditionelle Bergische Runde mit bergischer Kaffeetafel statt. Zunächst stellte Paul Ziemiak die Bedeutung der Familie für das kulturelle Zusammenleben unserer Gesellschaft dar. Im Anschluss beschrieb er die Bedeutung von Kindern für unser Rentensystem. Das Rentensystem steht aufgrund des demographischen Wandels vor großen Herausforderungen. Diese können in der Zukunft nur gelöst werden, wenn es der deutschen Gesellschaft wieder gelingt, wieder mehr Kinder zu bekommen. Im Anschluss stellte er seine konkreten Forderungen zur Stärkung von jungen Familien dar. Bei der Geburt eines Kindes seien Familien von hohen Kosten betroffen, für die die Gesellschaft sich solidarisch zeigen sollte. Auch stellte er dar, wie diese Forderungen gerecht finanziert werden könnten. An den Vortrag schloss sich eine breite Diskussion an, in der verschiedene Aspekte der Familien- und Gesellschaftspolitik beleuchtet wurden. Es wurde auf die verschiedenen Ideen von Paul Ziemiak eingegangen und sie wurden kritisch diskutiert. Auch die gesellschaftliche Entwicklung wurde kritisch diskutiert.

Daraufhin wurde ein gemeinsames Fazit der Diskussion und des Vortrages gezogen. Die Teilnehmer zeigten sich einheitlich zufrieden damit, dass in Fragen der Familienpolitik eine Förderung von Kindern gefordert wurde. Man war sich einig, dass der Staat noch verstärkte Anstrengungen erbringen müsste, um kinderreiche Familien zu fördern. Glücklich zeigte sich zum Abschluss der JU-Kreisvorsitzende Diego Faßnacht: „Als Junge Union beschäftigen wir uns mit den wichtigen Themen für unsere Generation. Wir werden nicht aufhören Druck zu machen für eine gute Familienpolitik und Generationengerechtigkeit.“ (df)

JU-Bundesvorsitzender Paul Ziemiak (Mitte) mit Holger Müller MdL und JU-Kreischef Diego Faßnacht (rechts)

JU Rhein-Berg diskutiert über Landespolitik

Bei ihrer diesjährigen Jahreshauptversammlung diskutierte die JU Rhein-Berg mit den beiden Landtagsabgeordneten Holger Müller und Rainer Deppe ein Jahr vor der Landtagswahl über die Landespolitik und den bevorstehenden Wahlkampf. Beide stellten überzeugend dar, wie sehr NRW einen Regierungswechsel benötigt und wie groß das Versagen der Regierung Kraft ist. Kreisvorsitzender Diego Faßnacht kommunizierte den Wunsch der JU, dass auch heikle Themen, wie die Migrationskrise, auch im Wahlkampf nicht verschwiegen werden dürften. Er forderte dazu auf, offene Probleme anzusprechen und Lösungen aufzuzeigen.

Darüber hinaus wählte die JU Rhein-Berg an diesem Abend ihre Vertreter für den Nordrhein-Westfalen Tag der JU NRW. (df)

zu Gast bei der JU Rhein-Berg: Holger Müller MdL (1.v.l.) und Rainer Deppe MdL (3.v.l.) sowie der jugendpolitische Sprecher der CDU-Ratsfraktion Bergisch Gladbach, Christian Buchen (1.v.r.)

Wechsel nach 2.402 Tagen

Am 15. März fand die Jahreshauptversammlung der Jungen Union Kürten statt. Dabei gab es nach rund sechseinhalb Jahren einen Wechsel an der Spitze: Der bisherige Vorsitzende Timo Friedrich entschied bereits vor einigen Monaten, nicht erneut für den Vorsitz zu kandidieren. „Veränderungen bedeuten vor allem, nicht stehen zu bleiben und offen für Neues zu sein. Ich bin überzeugt, dass dies für die JU Kürten richtig und wichtig ist“, so Friedrich. Neuer Chef der Jungunionler in Kürten ist nun der 20-jährige Landwirt Henrik Hamm. Seine beiden Stellvertreter sind wie bisher NN und neu Patrick Langenberg. Simon Stefer bleibt weiterhin als Schatzmeister an Bord, Philip Zeyen ist wie bisher Schriftführer im Vorstand. Komplettiert wird die Runde durch die Beisitzer Kai Langenberg, Sebastian Wurth und Timo Friedrich. Letzterer nutzte bei seinem abschließenden Auftritt als Vorsitzender unter Anwesenheit zahlreicher Gäste, darunter auch Rainer Deppe (MdL), die Gelegenheit, auf die vergangenen Erfolgsjahre zurückzuschauen und sich bei allen Beteiligten für die geleistete Arbeit zu bedanken. (hh)

Der neue JU-Vorsitzende Hendrik Hamm (Mitte mit Wimpel) umrahmt von Mitstreitern.

Optimistischer Jahresrückblick bei der JU Odenthal

Bei der diesjährigen Jahreshauptversammlung der Jungen Union Odenthal am 20. Mai wurde das erfolgreiche letzte Jahr rekapituliert. Die bestehende Besetzung der JU Odenthal hat sich in den vergangenen Monaten sehr bewährt, sodass optimal besetzte Ämter beibehalten wurden. Besonders stolz sind wir darauf, auch bei uns die obligate Frauenquote erreicht zu haben. Ganz herzlich möchten wir Marco Gaj für seine Wiederwahl beglückwünschen und hoffen, dass er die JU Odenthal genauso wie in den vergangenen Jahren weiterhin in dieselbe gute Richtung führt.

Schon allein im letzten Jahr, dass durch vielerlei Herausforderungen geprägt war, konnte die JU Odenthal nicht nur durch die Vielzahl an kreativen Aktionen einstimmige Anerkennung erlangen.

Weitere gewählte Vorstandsmitglieder: Stellvertreter - Gianna Herweg, Johannes Kaesbach, Richard Kindling; Geschäftsführerin - Sandra Saidowski; Marvin Kunz - Schatzmeister; Schriftführer - Niklas Otto; Verena Bormann – Pressesprecherin; Beisitzer - Fabian Glombiza, Lea Hein, Johanna Hilgers, Phillip Löhe, Jessica Paas, Timo Steinbach, Lucas Vogt (mg)

EAK informiert sich über Tierschutz

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe Tierschutz des EAK der CDU NRW besuchten am 14. Mai 2016 den Milchviehbetrieb der Familie Cappell - Höpken in Hünxe. Zu Beginn erfolgte eine Information und Diskussion zu Fragen des aktuellen Milchpreises und der Wettbewerbssituation der deutschen Milchwirtschaft.

Beim anschließenden Rundgang durch den landwirtschaftlichen Betrieb informierten sie sich gemeinsam mit dem Vorsitzenden des

v.r.n.l.: Hans Machate, Marlis Homuth – Kenklies, Landwirt Capell – Höpken, Elke Janura, Hennig Aretz, Margarete Iversen, Birgit Fort

EAK NRW, Herrn Henning Aretz, über die umfangreiche Art und Weise der Tierhaltung, die medizinische Versorgung, den Anbau und Zukauf von Futter, den Tiertransport (Schlachthof, Milchviehbetriebe), den Milchvertrieb und letztendlich über die Gülleverknappung

Aufgrund der Recherchen über Tiertransporte hatte sich die Arbeitsgruppe, dem auch Margarete Iversen und Birgit Fort aus dem Rheinisch-Bergischen Kreis angehören, im NRW-Landtag mit Herrn Deppe, Vorsitzender des Arbeitskreises der CDU NRW für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und Frau Schulze Föcking, ebenso Mitglied im vorgenannten Arbeitskreis und Vorsitzende des Agrarausschusses NRW, zuvor zu einem Gedankenaustausch getroffen. (bf)

FU im Museum

Die Frauen-Union Burscheid besuchte am 20. Mai das Museum für asiatische Kunst im oberbergischen Radevormwald. Das private Museum zeigt eine erlesene Sammlung antiker Kunstwerke aus Asien mit unterschiedlichen Eindrücken. Ein Teil der Ausstellung befindet sich in einem wunderschön angelegten Garten mit Buddhafiguren, Pagoden, Gebetsmühlen und vieles mehr.

Die gesamte Anlage ist herrlich gelegen, mitten im Grünen und mit herrlichem Blick über die weite bergische Landschaft. Als Kontrastprogramm zur asiatischen Kunst gab es zum Abschluss bergische Waffeln. ■

„Der Kalte Krieg“ im CDU-Center

Die Kreis-CDU zeigt in ihren Räumlichkeiten eine Ausstellung des Berliner Kolleg Kalter Krieg und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zum Thema "Der Kalte Krieg". Die Ausstellung präsentiert 165 zeithistorische Fotos, Dokumente und Schaubilder. Besitzer von internetfähigen Telefonen (Freifunk vorhanden!) können in der Schau mittels QR-Codes zeitgenössische Filmdokumente zu den Ausstellungsthemen abrufen.

Vor dem Hintergrund angespannter Ost-West-Beziehungen und der Debatte über eine Wiederkehr des Kalten Krieges blickt die Ausstellung auf die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts – vom Kriegsende1945 bis zur Auflösung der Sowjetunion 1991.

Die Ausstellung kann montags bis donnerstags von 9:00-17:00 Uhr und freitags von 9:00-13:00 Uhr im CDU-Center, Am Stadion 18-24, 51465 Bergisch Gladbach besichtigt werden. (tf)

CDU Kürten besuchte Regierungsbunker in Bad Neuenahr

Mit über 30 Teilnehmern besichtigte die CDU Kürten am 21. Mai den ehemaligen Regierungsbunker der Bundesrepublik Deutschland in Bad Neuenahr-Ahrweiler. Im Rahmen einer Mitgliederfahrt waren alle Mitglieder zu diesem interessanten Bauwerk der deutschen Zeitgeschichte eingeladen. Während der gut 1,5-stündigen Bunker-Führung konnte die unterirdische Welt, die noch bis vor kurzem strenger Geheimhaltung unterlag, erkundet werden. Eine umfangreiche Dokumentation und Originalgegenstände am Originalschauplatz informierten über dieses Kapitel deutscher Geschichte, das Teil eines weltweiten Drohszenarios der Supermächte in Ost und West war. Als Abschluss kehrte die Gruppe in die angrenzenden Weinterrassen ein. Mit Ausblick auf das Ahrtal gab es hier noch eine Verstärkung, bevor die Heimreise nach Kürten angetreten wurde. (sw)

„Riegel vor! Sicher ist sicherer“ Veranstaltung zum Einbruchschutz

Auf Einladung der CDU Leichlingen fand in der White Lounge des Brauhauses Aloysianum am Leichlinger Bahnhof ein Vortrag zum Thema Einbruchschutz statt.

Im Rahmen der Kampagne „Riegel vor! Sicher ist sicherer“ der Polizei Nordrhein-Westfalen klärte Kriminalhauptkommissar Rüdiger Heil über die wesentlichen Sicherungsmaßnahmen zur Vermeidung von Einbrüchen auf, erläuterte das Vorgehen der Einbrecher und ging auf mögliche Förderungsmöglichkeiten über die Kreditanstalt für Wiederaufbau und die NRW-Bank ein.

Die etwa 50 anwesenden Gäste konnten sich an Exponaten vor Ort konkret mögliche technische Maßnahmen anschauen und zahlreiches Informationsmaterial mitnehmen.

In den letzten Jahren ist die Anzahl der Einbruchsdelikte gestiegen. Im vergangenen Jahr wurden alleine 100 Einbruchsversuche in Leichlingen bei der Polizei registriert. Durch geeignete Schutzmaßnahmen konnte bei fast der Hälfte ein Erfolg der Täter verhindert werden. (mw)

Die Beratung für präventive Maßnahmen durch die Polizei ist kostenlos.
Nähere Informationen sowie Kontaktdaten sind im Internet auf der Seite der Kreispolizeibehörde zu finden:
www.polizei.nrw.de/rheinisch-bergischer-kreis

70. Geburtstag der CDU Wermelskirchen

Mitte März dieses Jahres hatte die CDU in Wermelskirchen allen Grund zum Feiern. Mit gut 200 Gästen beging die größte Partei in der Stadt ihr Jubiläum im Ratsaal. Neben den Bundes-, sowie Landtagsabgeordneten Wolfgang Bosbach und Rainer Deppe, konnte der Stadtverbandsvorsitzende, Christian Klicki, auch den Ehrenbürger sowie ehemaligen Bürgermeister der Stadt, Heinz Voetmann begrüßen. Dieser erinnerte an seine Zeit als Bürgermeister und sprach den aktuell in der Politik Aktiven ins Gewissen: „Politik ist kein Selbstzweck, keine Machtausübung, sondern immer auch ein Dienen am Gemeinwohl!“ In seinem Grußwort hob der Vorsitzende, Christian Klicki die enge Verknüpfung der Partei mit der Geschichte der Stadt Wermelskirchen hervor. Die Aufbauarbeit in der Nachkriegszeit, die Schaffung unverzichtbarer Infrastruktur für die öffentliche Daseinvorsorge und die strategische Aufstellung der Kommune für die Bedürfnisse des 21. Jahrhunderts, sei durch den „Motor“ CDU stets vorangetrieben worden. Für die Zukunft sei es wichtig, so der Vorsitzende weiter, basierend auf der Geschichte und den Werten, Politik von Menschen für Menschen zu machen. Die CDU sei immer dann erfolgreich gewesen wenn sie das Ohr am Bürger hatte und pragmatische Lösungen für die Sorgen und Probleme der Bevölkerung gefunden habe.

Die Werte und Verdienste der Partei in Europa hob Wolfgang Bosbach hervor: „Wir in Deutschland haben neun Nachbarländer - keines bedroht uns und wir bedrohen keines. Wir leben in Frieden und Freiheit von Europa selbst. Der Mikrokosmos Bergisch Gladbach habe genau so viele Flüchtlinge aufgenommen wie Portugal, hier könne von europäischer Solidarität wohl keine Rede sein.

Bürgermeister und Sozialdemokrat Rainer Bleek schließlich gestand in seinem Grußwort den Christdemokraten zu, dass

v.l.n.r.: 1. stellvertretender Bürgermeister der Stadt WK, Stefan Leßenich, CDU, Bürgermeister Rainer Bleek, SPD, CDU-Stadtverbandvorsitzender Christian Klicki, Ehrenbürger Heinz Voetmann, Wolfgang Bosbach MdB, Rainer Deppe MdL und Kreisvorsitzender der CDU

Otto dem Großen bis Heinz Voetmann“, so der Bundestagsabgeordnete. Allerdings teilte Bosbach in Sachen Europa zur aktuellen Lage auch deutliche Kritik aus - das traurigste Kapitel in Zusammenhang mit der Flüchtlingsproblematik sei nämlich kein geringeres als sie die Stadt geprägt hätten, wie keine andere Partei vor Ort. „Auf viele Entscheidungen kann die CDU trotz damaligem Widerstand heute stolz sein“, so der SPD-Mann. Die CDU Wermelskirchen sei nicht die älteste, aber einflussreichste Partei vor Ort. (ck)

Anzeige

Behnke Königsmann

Wirtschaftsprüfer Steuerberater Rechtsanwälte

Sehr geehrte Leser der CDU Inform,

wir sind eine überregional tätige Sozietät von 7 Berufsträgern (Steuerberater, Rechtsanwälte und Wirtschaftsprüfer). Seit unserer Gründung im Jahre 1945 betreuen wir einen vielschichtigen Mandantenstamm aus Handwerkern, Kaufleuten, Freiberuflern sowie größeren mittelständischen Personen- und Kapitalgesellschaften.

Dabei stehen wir unseren Mandanten neben den regelmäßigen Dienstleistungen, wie Finanz-, Lohn- und Gehaltsbuchhaltung, den jährlich zu erstellenden Steuererklärungen und Jahresabschlüssen sowie der gerichtlichen und außergerichtlichen Rechtsberatung auch bei wichtigen Entscheidungen oder besonderen Beratungsanlässen mit unserem umfassenden Fachwissen zur Verfügung.

Wir würden uns freuen, wenn wir auch Ihnen bei entsprechenden Beratungsanlässen oder für die regelmäßige Bearbeitung auf den oben genannten Gebieten behilflich sein könnten.

Sie erreichen uns hier:
Bgm.-Schmidt-Str. 5, 51399 Burscheid
Tel.: 02174 / 766-0 • Fax: 02174 / 766-115
E-Mail: office@behnke-koenigsmann.de

Homepage: www.behnke-koenigsmann.de

CDA Wermelskirchen zu Gast in der Bundesstadt Bonn

Auf Einladung des CDA-Vorsitzenden Stefan Leßenich machten sich 40 Wermelskirchener Bürgerinnen und Bürger auf zu einer exklusiven Besichtigungstour in die Bundesstadt Bonn.

Bei bestem Wetter besichtigten die Teilnehmer den Bonner Amtssitz des Bundespräsidenten, die Villa Hammerschmidt.

In ihrer jahrzehntelangen Geschichte wurde die Villa zu einem Symbol für die junge Demokratie in der Bundesrepublik. Staatsgäste, Politiker, Künstler, Schriftsteller und Vertreter aus allen gesellschaftlichen Bereichen begegneten sich dort. Bundespräsident Richard von Weizsäcker traf 1994 die Entscheidung, den ersten Amtssitz des Staatsoberhauptes ins Schloss Bellevue nach Berlin zu verlegen. Seitdem ist die Villa Hammerschmidt der zweite Amtssitz des Bundespräsidenten.

Als zweite Station stand ein Emfpang durch Herrn Botschafter a. D. Harald Ganns bei der UNO Vereinte Nationen auf dem Programm. Im ehem. Abgeordnetenhochhaus „Langer Eugen“ stellte der ehem. Diplomat (deutscher Botschafter in Niger, Kamerun, Äquatorial-Guinea, Namibia, Lesotho und Südafrika) und Berater der Stadt Bonn, Harald Ganns, der Gruppe in seinem Vortrag die vielfältigen Aufgaben der UNO vor.

Gutes Wetter und gute Laune bei einer interessanten Tour der CDA Wermelskirchen!

Bonn hat sich erfolgreich ein neues Profil als deutsche Stadt der Vereinten Nationen und Ort internationalen Dialogs zu Zukunftsthemen gegeben. Ein sichtbares Symbol dieser Entwicklung ist der Bonner UN Campus.

Seit Juli 1996 kann sich Bonn UNO-Stadt nennen. Zehn Jahre später, im Juli 2006, konnte Bundeskanzlerin Angela Merkel den neuen Dienstsitz der Vereinten Nationen in Bonn an den damaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan übergeben. 55 Mio. Euro hatte die Bundesregierung in den Umbau des einstigen Abgeordnetenhochhauses, auch als „Langer Eugen“ bekannt, investiert. Dort arbeiten fast alle Bonner UN-Organisationen unter einem Dach. Im Oktober 2012 konnte mit dem alten Abgeordnetenhochhaus ein weiterer Gebäudekomplex an die Vereinten Nationen übergeben werden, in dem heute 275 Beschäftigte des Klimasekretariats der Vereinten Nationen tätig sind. Um dem wachsenden Raumbedarf der Vereinten Nationen am Standort Bonn gerecht zu werden, wird gegenwärtig ein weiteres Gebäude auf dem UN Campus errichtet. Die Besichtigung der DHL-Konzernzentrale mit einem tollen Blick vom höchsten Hochhaus in NRW, dem Post-Tower, rundeten einen hochinteressanten Informationstag ab, so Stefan Leßenich. (sl)

Holger Müller zum fünften Mal Kreisvorsitzender

Zum fünften Mal in Folge ist der Rösrather Landtagsabgeordnete Holger Müller zum Kreisvorsitzenden der Senioren-Union im Rheinisch-Bergischen Kreis gewählt worden. Er bekam 61 von 65 Stimmen bei drei Neinstimmen und einer Enthaltung. Holger Müller ist seit 2008 Vorsitzender der Senioren-Union.

Ebenfalls wiedergewählt wurden die beiden stellvertretenden Vorsitzenden Helga Happel (Odenthal) und Heinz Wilgenbusch (Burscheid), der Schatzmeister Hubert Hungenberg (Bergisch Gladbach) und sein Stellvertreter Hans-Reinhold Drümmen (Rösrath). Neuer Schriftführer wurde Hans-Gerd Wunderlich (Overath), der Hans Steinbach (Bergisch Gladbach) ersetzt, der aus Altersgründen nicht erneut zur Verfügung stand.

Komplettiert wird der Vorstand durch die Beisitzer Werner Allendorf (Wermelskirchen), Ilse Brenner, Heinz-Georg Clausen (Kürten), Michael Haehnel (Rösrath), Renate Hofer (Leichlingen),Manfred Klein (Bergisch Gladbach), Gisela Krell (Burscheid), Regina Leistner (Bergisch Gladbach), Dr. Heinz-Dieter Mundorf (Bergisch Gladbach), Gert D. Schulze (Leichlingen) und Gabriele Stillger (Wermelskirchen).

Holger Müller aus Rösrath führt die Senioren-Union im Kreis seit acht Jahren.

In der vom Ehrenvorsitzenden Rudolf Preuß (Overath) geleiteten Jahreshauptversammlung wurde auf Initiative von Rainer Mauer (Rösrath) auch ein Antrag zur Stärkung der Seniorenbeiräte in den Kommunen beschlossen. Diese sollen sich – unabhängig, aber mit Unterstützung der Verwaltungen – für die Belange der älteren Generation einsetzen. (hrd)

25 Jahren Senioren Union Overath

„Manch Jüngerer würde sich wünschen, noch so fit und aktiv zu sein, wie die Mitstreiter der Senioren Union Overath. 25 Jahren lang steht nun die Vereinigung unter dem Dach der Unionsgemeinschaft in meiner Heimatstadt für ein ganz breites Spektrum an stets interessanten Veranstaltungen und eine kritisch-konstruktive Begleitung und Unterstützung der Politik in Overath. Overath wäre ärmer ohne die Senioren Union. Herzlichen Glückwunsch zu Ihrem Jubiläum“, gratulierte Landtagsabgeordneter Rainer Deppe der Senioren Union Overath während der Fest-Veranstaltung im Bürgerhaus in Overath. Ehrengast war der Bundesvorsitzende der Senioren Union, Professor Otto Wulf, der wie immer eine zum Anpacken ermunternde Rede hielt. (hgw)

Zweimal Knollendorf und zurück ...

Das Motto war Programm und Ziel zugleich. Der erste Ausflug der Senioren – Union Rösrath 2016 führte die muntere Gesellschaft ins Hänneschentheater, dem einzigen Stockpuppentheater Deutschlands, nach Köln.

Das Erwachsenenstück „Aapethiater“ stand auf dem Spielplan. Die Story: Schäl leitet ein chronisch klammes Theater und steckt in akuten Geldnöten. Um sein Theater zu retten, lässt er sich auf einen zwielichtigen Deal ein: Im Keller des Theaters züchtet er Cannabis! Natürlich geht das nicht gut. Die Hanf-Plantage hinger d'r Britz fängt Feuer und nebelt die Zuschauer in „süßlichen Duft“ ein. Kiffer-Alarm in Knollendorf! Das ca. 90 Minuten später sich alles noch zum Guten wendet, versteht sich eigentlich von selbst, denn „et kütt wie et kütt un et hät noch immer jot jejange!“

Anschließend ging es zu Heribert Malchers, der selber 25 Jahre Intendant vom Hänneschentheater gewesen ist, in die kölsche Weetschaff mit dem schönen Namen „Knollendorf“, in der er nun als Wirt für den reibungslosen Ablauf verantwortlich ist. Bei „Julaschzupp“ und „Halve Hahn“ wurde noch herzlich über den einen oder anderen Kalauer gelacht, bevor es dann wieder gemeinsam Richtung Heimat ging. (hrd)

Mittwochstreff mit dem Bergischen Jung Willibert Pauels

Die Senioren-Union Bergisch Gladbach hatte am 16. März 2016 zu ihrem traditionellen Mittwochstreff in den Gronauer Tannenhof den im Rheinland bekannten Diakon, Willibert Pauels, den „Bergischen Jung“ eingeladen. Es erschienen weit über 60 Besucher. Sie alle wollten ihn sehen und erlebten einen fröhlichen Nachmittag mit ihm.

Unser Vorsitzender Manfred Klein begrüßte ihn und streifte kurz seinen Lebensweg und stimmte die Besucher ein auf einen Vortrag voll sprühenden Witzes und Lebenswillen unter dem Motto „Kirche ‚Kanzel und Karneval“.

Pauels stellte kurz sein Buch vor mit dem Titel „Wenn dir das Lachen vergeht – Wie ich meine Depression überwunden habe“. Er gab zum Besten, wie wohl der Titel lauten könnte: Kirche-Karneval-Klapse? Dies ging aber nicht, so wurde aus dem Werk ein Sachbuch. (wl)

Mit Leidenschaft
Demokratie gestalten...
... in der CDU Rheinisch-Bergischer Kreis!
t's! So werden Sie Mitglied.
Mitglieder
werben
Mitglieder
Mitglieder-
werbeaktion
läuft noch bis
zum 3.11.2016!
mitglied.cdurbk.de
CDU